

Die Baugewerkschafft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementpreis pro Quartal 2,- Mk. (ohne Befreiung), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Schlüß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Haupikasse 9367 Berlin.

Haupt-Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17,
Rüdersdorfer Straße 601. Tel.: Amt Königstadt 4337.
Inseraten - Geschäftsstelle für Süddeutschland:
Annoncen-Expedition Germania, München, Hofstatt 6.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pl., Reklame 1,50 Mk.
Schluß der Anzeigenannahme 10 Tage vor Erscheinen
jeder Nummer.

Nummer 21.

Berlin, den 25. Mai 1913.

14. Jahrgang.

Was hat nun zu geschehen?

Wir stehen nunmehr vor dem Abschluß der diesjährigen Tarifbewegung. Mit Bestimmtheit können wir jetzt annehmen, daß der Friede gewahrt bleibt. Das ist gewiß erfreulich, ganz besonders im Hinblick auf den erfolgreichen Ausgang der Bewegung. Mögen im einzelnen Unzulänglichkeiten vorhanden sein, als Ganzes genommen, haben wir einen wesentlichen Erfolg zu buchen. Wir sind aber auch der Überzeugung, daß alle unsere Mitglieder, die glauben, nicht ganz auf ihre Rechnung gekommen zu sein, sich keiner Mißstimmung hingeben, sondern freudig wie bisher im Verbande, der Gesamtheit, mitarbeiten. Ein Sichbeiseitestellen wäre ja auch zwecklos, ja sogar schädlich. Nur durch Kührligkeit und Energie kann das beim nächsten Male nachgeholt werden, was diesmal zu wenig für sie herauskam.

Was hat nun zu geschehen? Die Kräfte, die sich bisher auf den erfolgreichen Ausgang der diesjährigen Tarifbewegung konzentrierten, werden nunmehr frei. Wahr werden noch einige Wochen vergehen, bis alle örtlichen Differenzen beglichen und der formelle Abschluß der Verträge getätig ist, die Hauptarbeit aber ist getan. Wir wenden uns daher einer anderen, nicht minder wichtigen Aufgabe zu, und das ist die Stärkung des Verbandes.

Wer sehen will, welchen Wert die gewerkschaftliche Organisation für den Arbeiter hat, dem ist nach unserem Tarifabschluß reichlich Gelegenheit dazu gegeben. Ein Zweifel ist da nicht mehr zulässig. Um so mehr aber können wir daher fordern, daß diejenigen, denen der Vorteil des neuen Tarifes persönlich zuteil wird, auch Mitglied des Verbandes werden. Sie verspüren die Segnungen der erhöhten Löhne an sich selbst. Recht und billig ist es darum, wenn sie zu den Opfern beitragen, die solche Erfolge erst möglich machen.

Damit ist die Aufgabe, die wir jetzt zu erfüllen haben, gekennzeichnet. Nun heißt es, noch einmal kräftig zusammengefaßt, jedes Mitglied muß seine Schuldigkeit tun. Da jetzt, nach Beendigung der Bewegung, die Baupolitik kräftiger einzusetzen wird, wird die Agitationsmöglichkeit noch günstiger gestaltet. Über 45 000 Mitglieder zählte der christliche Bauarbeiterverband im vergangenen Jahr. Sollte es uns da nicht möglich sein, daß erste halbe Hunderttausend in diesem Jahr zu erreichen? Wir glauben, daß es möglich ist, wenn wir nur wollen. Fassen wir darum diesen Willen. Alle Kräfte müssen sich für dieses Ziel einsetzen, eingedenkt des Grundsatzes: Vereinte Kraft Großes schafft.

Darum heran, ihr christlich organisierten Bauarbeiter! Eure Parole lautet von jetzt an: Stärkung des christlichen Bauarbeiter-Verbandes!

Das Ende des oberschlesischen Bergarbeiterstreiks.

Am 19. April nahm der Streik der oberschlesischen Bergarbeiter seinen Anfang, einige Tage vor Pfingsten beschloß eine Vertrauensmännerkonferenz seinen Abbruch. Der gigantische Kampf hat somit nur eine Dauer von drei Wochen erreicht.

Der Streik ist der größte, den das oberschlesische Industrievier bis jetzt gehabt hat. Ursprünglich war die Zahl der Streikenden zwar klein, etwa 11 000, in den nächsten Tagen aber schwoll die Zahl gewaltig an. Den Höhepunkt erreichte sie in der zweiten Woche, wo über 80 000 Bergknappen im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen standen. Das bedeutet eine Streitbeteiligung von weit über zwei Dritteln bis drei Vierteln der Gesamtbelegschaft. Da angenommen werden muß, daß die eigentlich produktiven Kräfte, d. h. diejenigen, die mit der Kohlenproduktion beschäftigt sind, fast ganz und besonders an dem Kampfe beteiligt waren, kann man von einer fast restlosen Stilllegung des oberschlesischen Kohlenbergbaus reden. Es ist ja eine alte Erfahrung, daß die untergeordnet Beschäftigten, die nicht im Vordergrund der Produktion stehen, auch weit weniger Aktivität an den Tag legen und zum Verbleiben in ihrer Arbeitsstelle weit eher geneigt sind.

Die Tatsache des gewaltigen Umfanges des Kampfes läßt auf eine tiefgreifende Unzufriedenheit der oberschlesischen Bergarbeiter schließen. Das Solidaritätsgefühl, das bei den Bergarbeitern infolge der gemeinsamen Berufsgefahr stärker entwickelt ist als in anderen Berufen, läßt sich das nicht allein erklären. Und es ist richtig, daß die Löhne im oberschlesischen Industrieviertel ein niedrigeres von allen größeren Industrievieren Deutschlands stehen. Außerdem ist auch die Arbeitszeit länger als acht Stunden. Um die Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne drehte sich within der Kampf. Leider mußte er ein ergebnisloses Ende finden. Ohne jedes Zugeständnis mußten die Bergknappen zur Grube zurückkehren, mancher durfte auf der Strecke bleiben, weil er sich in dem Kampf irgendeine hervorgetan hat. Ihn durfte das gleiche Los treffen, das mancher andere schon freiwillig auf sich genommen hat: Auswanderung nach anderen Industrievieren. Französische Werke haben sich eifrig bemüht, die Bergarbeiter zur Abwanderung nach dem nordfranzösischen Bergbaurevier zu bewegen. Viele Hunderte sind ihnen gefolgt, andere sind nach Österreich und wieder andere nach Rheinland und Westfalen gegangen. Durch den Kampf haben sie auch ihre Heimat verloren.

So entbehrt dieser Kampf nicht des Dramatischen und ist ein Zeichen für die sozialpolitische Rücksicht und Härte der oberschlesischen Grubenbesitzer, wie für die Beschenker überhaupt. Wie überall lehnten sie jedes Verhandeln mit den Arbeitern und deren Organisationen ab. Der Herr-im-Hause-Standpunkt forderte einen weiteren Tribut, wenn auch einen sehr traurigen und bedauerlichen Angehörige eines Landes, verbunden durch tausend Bande, angelebt aufeinander in Not und Gefahr, verweigern ihren Volksgenossen, die ihre Arbeitskraft, ihr Leben und ihre Gesundheit ihnen täglich zum Opfer bringen, die Anerkennung und die Mitbestimmung im Arbeitsvertrag. Wie lange wird dieses noch dauern? Wenn der Gesetzgeber keine Änderung darin herbeiführt, werden wir noch manche Erschütterung durchstoßen müssen, ehe wir dahin gelangt sind. Und wie müssen dahin kommen, mag es noch so große Opfer erfordern. Der Kampf um dieses Menschenrecht ist wirklich der Opfer wert.

Die Polnische Berufsvereinigung, der die übergroße Mehrzahl der organisierten Bergarbeiter in Oberschlesien angehört, hat den Streit allein und ohne die Mitwirkung der übrigen Organisationen beschlossen. Sie trägt daher auch allein die Verantwortung für den Kampf. Wir glauben, daß ihr dieselbe sehr schwerfallen wird. Das Vertrauen der Bergarbeiter in diese Organisation ist einer starken Erschütterung ausgesetzt. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, der Hirsch-Dunthersche und der sozialdemokratische Bergarbeiterverband, die nur mit sehr geringen Mitgliederzahlen in Frage kommen, forderten ihre Mitglieder auf, sich solidarisch in dem Kampfe zu verhalten. „S. Berlin“, d. h. die katholischen Fachabteilungsführer hielten ihre Mitglieder zum Weiterarbeiten an.

Auf seinem Höhepunkt mußte der Streik abgebrochen werden, weil die finanziellen Mittel zu seiner Durchführung fehlten. Die Polnische Berufsvereinigung hat einen Vermögensbestand von etwas über eine halbe Million Mark. Bei der großen Zahl der Streikenden war sie mithin nicht imstande, über eine Woche hinaus Streikunterstützung zahlen zu können. In den ersten vierzehn Tagen zahlte sie überhaupt nichts, erst in der dritten Woche wurden einem Teil Unterstützungen in Höhe von 3—6 Mk. gezahlt. Außerdem wurden, wie die Zeitungen berichten, Guthaben für Buttermilch ausgegeben. Die übrigen Organisationen unterstützten ihre Mitglieder, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zahlte zuerst Unterstützung aus. Bei dieser Sachlage mußte ein schnelles Ende des Streikes kommen, weil die Not die Bergarbeiter zwang, zur Grube zurückzukehren. Da nun die Gedankenbesitzer die Kontraktbruchstrafe, eine Woche Lohn, weil sie die corporative Kündigung der Bergarbeiter nicht als rechtsgültig erachteten; und weil die meisten ohne Kündigung die Arbeit niedergelassen, ist die Not noch größer geworden.

Der Streik konnte nur gewonnen werden, wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft hinter den oberschlesischen Bergarbeitern stand und ihnen finanziell unter die Arme griff. Darin liegt das Verhängnis der Polnischen Berufsvereinigung. Aus politischen Gründen heraus wurde sie gegründet, und damit sind die polnischen Arbeiter von ihren deutschen Kollegen getrennt worden. Da der polnische Teil der Arbeiter aber nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands ausmacht, ist er immer auf die Hilfe der deutschen Kollegen angewiesen. Aus sich allein heraus wird die Polnische Berufsvereinigung immer ohnmächtig bleiben. Bei dem in unseren Augen bedauernswerten Polenkurs der preußischen Regierung sind dieser auch die Maßnahmen dieser aus politischen Gründen errichteten Organisation immer verdächtig; sie hat denn auch nichts getan, um die Beschenker zum Entgegenkommen zu veranlassen. Wo auch hierdurch müssen die Arbeiter leiden, und zwar in ihrem wichtigsten Interesse, der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die gewerkschaftliche Organisation. Den eindrucksvollsten Beweis dafür ersehen unsere polnischen Kollegen, die in großer Zahl unserem Verbande angehören, bei der jetzigen Tarifbewegung. Dadurch, daß sie mit ihren deutschen Kollegen in einer Zentralorganisation vereinigt sind, konnten auch ihre Interessen in wirksamster Weise wahrgenommen werden. Die Polnische Berufsvereinigung hatte ihnen nie die Lohnhöhung bringen können, wie dieses durch die Zentralorganisation, insbesondere durch christlichen Bauarbeiterverband, geschehen ist. Eine Vergleichung mehr für unsere polnischen Kollegen,

sich unserem Verbande anzuschließen und an seiner Erfüllung zu arbeiten. Keiner unserer polnischen Kollegen aber wird auch behaupten können, daß wir je seiner politischen Überzeugung zu nahe getreten wären.

Was wird nun werden? Bei dem Abbruch des Streits ist es zu schlimmen Auftritten seitens der erzegten Bergarbeiter gekommen. Ja sogar Täglichkeiten wurden an den Führern der Polnischen Bergarbeitervereinigung verübt. Einer davon, Mamovski, wurde so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte, die anderen mußten von der Polizei beschützt werden. Werden nun die erregten Bergarbeiter Oberschlesiens, die drei Wochen lang einen musterhaften Streik führten, ohne Organisation bleiben, oder woher werden sie gehen? Die Sozialdemokratie ist eifrig am Werk, die schwere Erregung und Enttäuschung der Bergarbeiter für sich auszunutzen. An uns liegt es nun, die fast restlos christlich denkende Bergarbeiterchaft Oberschlesiens den christlichen Gewerkschaften zuzuführen. Die Polnische Bergarbeitervereinigung aber sollte aus diesem Kampfe lernen, daß sie allein ohnmächtig ist, daß sie den Anschluß an eine starke Organisationsrichtung dringend nötig hat, und daß das nur der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands sein kann. Bislang sehen wir sie oft in der Gesellschaft der Sozialdemokratie, wenn es gegen den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter ging. Die zweifelhafte Haltung der Sozialdemokratie diesem Kampf gegenüber wird durch den "Vorwärts" treffend illustriert. Er kann die Freude über die Niederlage kaum verbergen und hofft dadurch, in Oberschlesien größere Erfolge zu erzielen. Die Polnische Bergarbeitervereinigung hat zu bedenken, daß sie bei zukünftiger ähnlicher Haltung auf den Ait abhängt, auf dem sie sitzt. Hat der oberösterreichische Bergarbeiterstreit den Erfolg, daß die dortigen Bergarbeiter den christlichen Zentralverbänden näher gebracht werden, dann hat er doch einen erfreulichen Erfolg. Die Interessenvertretung der oberösterreichischen Bergarbeiter würde damit eine nachhaltige Stärkung erzielen.

Die deutschen Kolonien im Wirtschaftsjahr 1911/12.

Das Reichsarbeitsblatt (Nr. 4) bringt eine eingehende Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1911/12. Das Gesamtbild der Entwicklung ist nicht unerfreulich.

Es dürfte für unsere Mitglieder nicht ohne Interesse sein, zunächst einmal über Lage, Größe und Bevölkerung der deutschen Kolonien überhaupt etwas zu erfahren. Darüber berichtet leider noch immer sehr viel Unschärfe und Unkenntnis. Die folgende Darstellung gibt eine klare Bekanntheit des deutschen kolonialen Verhältnisses. Bereits sei, daß die Zahlen über die einjährige Bevölkerung auf Schätzung beruhen und aus den Jahren 1905 und 1906 stammen.

Kolonie	Einge. in qm	Fläche
Östafrika		
Logo	87 200	1 500 000
Sameria	495 600	3 500 000
Südwestafrika	835 100	200 000
Somalia	935 000	7 610 000
Summe	2 412 900	12 210 000
Gesamtkolonie im		
Östafrika	2 412 900	12 210 000
Somalia	245 025	320 000
Sameria	501	100 000
Gesamtkolonie insgesamt	2 658 425	12 630 000

Nicht in diesen Zahlen enthalten ist das im Jahre 1911 neu errichtete am Deutschen eingerichtete Gefücht der Grasbüschel-Zone, das bis zu den östlichen Samerien ausgedehnt und besteht aus einer Fläche von 200 000 Quadratmeter. Der Gesamtwert des neuen Gebietes wurde zu einem Bruttowert von 200 000 Quadratmeter geschätzt.

Um ein ungefähres Bild von der Entwicklung der Schutzgebiete zu erhalten, kann folgende Tabelle herangezogen werden. Sie zeigt einen Bruttowert von 540 000 Quadratmeter, einen Wert von 350 000 Quadratmeter, der einzige Bereich, der in diesem Schutzgebiete eine erhebliche Erweiterung erfahren hat.

deutschen Kolonien übertreffen mithin an Inhalt der Flächen das deutsche Mutterland um mehr als das Fünffache. Man mag schon hieran ermessen, welche Bedeutung unsere Kolonien für die deutsche Volkswirtschaft noch einmal bekommen werden. Heute ist diese Bedeutung allerdings noch gering; aber man darf nicht vergessen — was bei Beurteilung der deutschen Kolonialpolitik nur zu oft geschieht —, daß die Kolonialbetätigung der Deutschen heute über die Anfangsstadien ihrer Entwicklung kaum hinausgekommen ist.

Es ist natürlich, daß die wirtschaftliche Erforschung der Kolonien in erster Linie in Händen der weißen Bevölkerung liegt. deren Entwicklungsziffer kann daher auch bis zu einem gewissen Grade als Maßstab für die allgemeine und wirtschaftliche Entwicklung unserer Schutzgebiete angesehen werden. Es ergibt sich da nach dem „Reichsarbeitsblatt“ folgendes Bild:

Die weiße Bevölkerung betrug am 1. Januar 1912:

	Männer	Frauen	Kinder unter 15 Jahren	zusammen
in				
Östafrika	3 239	919	708	4 866
Sameria	1 295	178	64	1 537
Logo	282	61	2	345
Südwestafrika	9 046	2 808	2 962	14 816
Neu-Guinea	893	265	120	1 278
Samoa	345	98	57	500
Dagegen 1911	15 100	4 329	3 913	23 342
1901	14 476	3 760	3 431	21 667
	4 169	785	1 113	6 067

Danach hat sich die weiße Bevölkerung seit der ersten Zählung im Jahre 1901 fast verdreifacht. Im Berichtsjahr ist sie um 1675 Köpfe (624 Männer, 569 Frauen, 482 Kinder) angewachsen. Die Zunahme verteilt sich auf sämtliche Schutzgebiete mit Ausnahme von Logo, dessen weiße Bevölkerung infolge Beendigung der Pionierlandbau um 18 Köpfe abnahm.

Der Handel der deutschen Schutzgebiete erreichte im Jahre 1911 und im Vorjahr folgende Werte (in Millionen Mark):

	Einfuhr		Ausfuhr		Gesamthandel	
	1910	1911	1910	1911	1910	1911
Östafrika	38,7	45,9	20,8	22,4	59,5	69,3
Sameria	25,6	29,8	19,9	21,3	45,5	50,6
Logo	10,8	9,6	7,2	9,3	18,0	18,9
Südwestafrika	44,3	45,3	34,7	25,6	79,0	73,9
Neu-Guinea	6,0	6,0	14,7	12,0	20,7	20,0
Samoa	3,5	4,1	3,5	4,4	7,0	8,5
	128,9	142,2	100,8	98,0	229,7	240,2

Der Gesamthandel hat sich beträchtlich um 10,5 Millionen Mark im Berichtsjahr erhöht; dabei hat die Einfuhr der Kolonien um 13,3 Millionen zugewonnen, während die Ausfuhr um 2,8 Millionen sank. Der Rückgang der Ausfuhr ist auf eine Verminderung der Diamantförderung in Südwestafrika zurückzuführen, was eine Ründerausfuhr von 3,8 Millionen Mark zur Folge hatte.

Auch die Erzförderung der südwestafrikanischen Kupferminen ist zurückgegangen, und zwar ist sie um 2,5 Millionen Mark niedriger als im Vorjahr. Dieser Ausfall konnte in der Gesamtkonsum nicht völlig ausgeglichen werden, zumal auch die Phosphatausfuhr Neu-Guineas im Berichtsjahr um 2,9 Millionen Mark geringer war.

Auf die Entwicklung des Handels des Mutterlandes mit seinen Schutzgebieten hat dieser Anstiegtrübung keinen Einfluß gehabt. Sein Anteil am Kolonialhandel hat sich namentlich in Sameria und Östafrika erhöht; ein beträchtlicher Rückgang des deutschen Handels mit Logo ist durch den Ausfall der Einfuhr von Eisenbahnmaterien zu erklären. Der Handel Hamburgs mit den Kolonien stellte sich 1911 auf 119,7 Millionen Mark gegen 109,1 Millionen Mark im Jahre 1910, und zwar stieg die Einfuhr aus den Schutzgebieten von 51,7 auf 58,4, die Ausfuhr nach den Schutzgebieten von 57,4 auf 61,3 Millionen Mark.

Selbstverständlich wird von der Ausfuhrstatistik nicht die gesamte wirtschaftliche Gütererzeugung der Kolonien erfasst. Der weitaus größte Teil derselben, besonders in Rohstoff- und Gemüsearten, wird in den Kolonien selbst wieder verbraucht. Diese Werte sind aber in der Handelsstatistik nicht enthalten. Als einer gewissen Grabmeister für die Entwicklung dieses Teils der Gütererzeugung kann die von Pflanzungen eingenommene Bodenfläche angesehen werden. Soweit hier Vergleiche mit dem Vorjahr angezeigt sind, kann konstatiert werden, daß eine allgemeine Vergroßerung der bebauten sowie besiedelten ertragssfähigen Flächen eingetreten ist. Das letztere gilt besonders für Östafrika. Es sind die Va-

uerden den Viehhbestand liegen nur aus Ostafrika und aus Südwestafrika Zahlen vor (vom 1. April 1912). Die im Besitz von Europäern befindlichen 386 Farmbetriebe in Ostafrika hatten einen Viehhbestand von 42 927 Stück Mindvich, 33 406 Stück Kleinvich und 3076 Schweinen. Der Viehhbestand der Eingeborenen in diesem Schutzgebiet wird auf 2 060 491 Stück Mindvich und 4 930 560 Stück Kleinvich angegeben.

Wesentlich geringer ist der Viehhbestand in Südwestafrika, was auf die geringe Zahl der eingeschlossenen Bevölkerung zurückzuführen ist. Der gesamte Viehhbestand dieses Schutzgebietes, einschließlich des Besitzes der Eingeborenen, betrug:

	Rindvieh	Schafe	Ziegen	Pferde	Esel	Schweine
1912	171 784	435 069	448 279	13 340	4 879	7 195
1911	144 445	381 240	384 986	11 633	4 326	7 761
	+ 27 339	+ 53 329	+ 63 293	+ 1 707	+ 553	+ 568

Da die europäischen Farmer und Ansiedler für die Bewirtschaftung ihrer Betriebe völlig auf farbige Arbeitskräfte angewiesen sind, kommt einer zweckmäßigen Regelung des Arbeitsmarktes erhöhte Bedeutung zu. Das hat auch die Kaiserliche Zivilverwaltung erkannt und hat sie diese Regelung selbst in die Hand genommen. Die Anwerbung farbiger Arbeiter, die früher lediglich private Gewerbe war, ist durch Erlass von Bestimmungen auf eine gesündere Basis gestellt worden. Für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der farbigen Arbeiter sind ganz bestimmte Grundsätze vorgeschrieben. Die Zahl der Arbeiter hat sich abermals bedeutend vermehrt, und wenn sie auch in den dünn besiedelten Gebieten nicht immer genügte, so bestand doch eine wirkliche Arbeiternot nicht. Die Zahl der das ganze Jahr hindurch in europäischen Betrieben beschäftigten farbigen Arbeiter betrug 1911: 110 969 (1910: 91 133). Davon entfielen auf Pflanzungs-, Farm- und Industriebetriebe 80 290 (59 441), Bergbau 2235 (1345), Bahnbau, Gouvernementsdienst, Kaufmannsbetrieb 28 444 (30 347). Samoa hatte über starken Arbeitermangel zu klagen, weil durch Schwierigkeiten der chinesischen Regierung die Zuwandlung chinesischer Arbeitskräfte stockte. Diese Schwierigkeiten sind jedoch vor kurzem wieder behoben worden, so daß die Klagen über Arbeitermangel in dieser wertvollen Kolonie künftig verstummen dürften.

Das Nächste liegende!

Die Jugendkorrespondenz des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften schreibt:

Es ist fast zu einem Sprichwort geworden, daß der Jugendliche erst eigentlich zu lernen ansiegt, wenn seine Lehrzeit vorüber ist. Berechtigt ist an einer derartigen Ausbildung, daß manche Arbeiten in den ersten Jahren nach der Schulentlassung zu großen Anforderungen an die körperlichen und geistigen Kräfte stellen, als daß der Jugendliche völlig zu denjenigen befähigt werden könnte. Auch erfordert manche Arbeit eine der Jugend noch ermangelnde Zeitwendung. Wer damit ist die Sache doch nicht erledigt.

Gewiß nicht, wird mancher sagen, denn viele Arbeitgeber betrachten den Jugendlichen als einen geeigneten Gegenstand der Ausnutzung und Ausbeutung. Das Wort „Lehrlingszüchterei“ ist zu einem allgemein gebräuchlichen Begriff geworden. Dagegen schreitet der seiner Pflicht bewußte Gewerkschaftler mit Recht ein. Hier ist ein Gebiet, wo dem Jugendschutz im weiteren Sinne wichtige Aufgaben obliegen, die mit dem nötigen Eifer durchgeführt, große Erfolge zeitigen können.

Alllein es gibt einen Jugendschutz, der dem erwachsenen Arbeiter noch näher liegt, und der besteht darin, daß er selbst die Zeit und die Kraft, welche im Interesse des Jugendlichen und zur Förderung seines Lebens gewissenhaft verwendet werden. Von diesem Standpunkt aus wird man manches als ungehörig und der Entwicklung des Jugendlichen hinderlich bezeichnen, was heute mit einem gewissen Gleichmut und außerordentlich oberflächlich als selbstverständlichkeit angeschaut wird. Wer den Jugendlichen tagsüber nicht anders zu beschäftigen weiß, als mit Dingen, die im Betrieb — liegen, mag sich bewußt werden, daß er sich damit an der Jugend und ihrem Wohle vergieht. Wenn ein jugendlicher Arbeiter in den ersten Jahren nach der Schulentlassung nichts anderes zu tun bekommt, als die persönlichen Bedürfnisse des erwachsenen Arbeiters zu befriedigen, dann kann man es begreiflich finden, wenn die Zeit, die ihm zum Lernen bestimmt war, nur geringe Früchte trägt. Vanz davon davon abgesehen, daß in dem Jugendlichen die Liebe zum Beruf einen bedeutsamen oder vielleicht tödlichen Stoff erhält. Hier handelt es sich also um einen Jugendschutz, der an dem Maßstabe, wie er ausgeführt wird, das Gewantwortlichkeit gefühlt des erwachsenen Arbeiters erkennen läßt.

Das ist bei unserer Arbeit im Beruf Jugend das Nächste liegende. Wie wollen wir andere zur Rechenschaft ziehen, wenn wir uns selbst ganz nach Willkür gehen lassen?

die in diesem Schutzgebiete eine erhebliche Erweiterung

Das Bureau-Haus der christlichen Gewerkschaften in Köln.

Am 17. Mai wurde in Köln das Bureau-Haus der christlichen Gewerkschaften eingeweiht und offiziell seiner Bestimmung übergeben. Der Bau, ein einfaches und schlichtes Werk, solid und stark in seiner Erscheinung, bildet ein äußeres Zeichen der Erstärkung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Von ihm aus werden in der Zukunft die Geschichte des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und noch einer Reihe christlicher Zentralverbände geleitet.

Das Haus, dessen Bildnis wir nebenstehend bringen, kann nicht ohne weiteres mit den üblichen „Gewerkschaftshäusern“ im Vergleich gestellt werden. Unter Gewerkschaftshaus versteht man in der Regel zweierlei: den Mittelpunkt für das Versammlungswoesen der Gewerkschaften eines Ortes, und eine Centralherberge für die jüdischen Mitglieder. Das Cölnische Gebäude dient keinem der beiden Zwecke. Das Herbergswesen zählt nicht zu den dringendsten Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, der größte Teil ihrer jüngeren und reisenden Mitglieder gehört dem katholischen Gesellenverein und den evangelischen Junglingsvereinen an, und für diese ist das Herbergswesen schon seit Jahrzehnten mindestens ebenso gut geregelt, als es gewerkschaftliche Centralherbergen zu regeln vermögen. Die Schaffung eines Mittelpunktes für das Versammlungswoesen wäre ohne Zweifel für die christlichen Gewerkschaften Kölns eine angenehme Sache; eine zwingende Notwendigkeit ist indes auch dieser Mittelpunkt nicht, weil die christlichen Gewerkschaften Kölns im allgemeinen mit Lokalschwierigkeiten nicht zu kämpfen haben. Andererseits aber ist die Schaffung eines Mittelpunktes für das Versammlungswoesen in Köln besonders schwierig. Köln ist, was den Flächentraum betrifft, eine der größten Städte Deutschlands. Die Arbeiter werden mit ihren Wohnungen immer mehr in die Vororte gedrängt. Die Vororte aber weisen seit Jahrzehnten ein ziemlich in sich abgeschlossenes Vereinswesen auf. Unter diesen Umständen ist in Köln ein zentraler Mittelpunkt für das Versammlungswoesen nur äußerst schwer herzustellen. Weiter ist das Versammlungswoesen der Gewerkschaften ein sehr verzweigtes. In Köln sind von den dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen 25 Verbänden 21 eingeschlossen, davon weisen einzelne Verbände eine Anzahl Sektionen auf. Innerhalb des Holzarbeiterverbandes existieren beispielweise besondere Sektionen für die Stellmacher, Tapizierer, Modellschreiner usw. Die Versammlungen finden meist Samstag statt, so daß, um dem Lokalbedarf zu genügen, mindestens 3–4 Versammlungsräume, 100 bis 300 Personen fassend, hätten vorgesehen werden müssen, die sich zu einem großen Saal hätten verwandeln lassen. Diese Räume würden an den meisten Wochentagen leer gestanden haben, wodurch die Rentabilität des Gesamtgebäudes sehr gefährdet und beeinträchtigt worden wäre. Aus ähnlichen Gründen wurde von der Errichtung eines Restaurants Abstand genommen und lediglich ein Bureauhaus geschaffen. Dem Bedürfnis, innerhalb des Gebäudes kleinere Konferenzen und Sitzungen abzuhalten, wurde dadurch entgegengenommen, daß im Parterre und auf den drei Etagen neun Doppelräume vorgesehen sind, die durch das Lassen von Dreiflügeltüren zu größeren Konferenzräumen benutzt werden können.

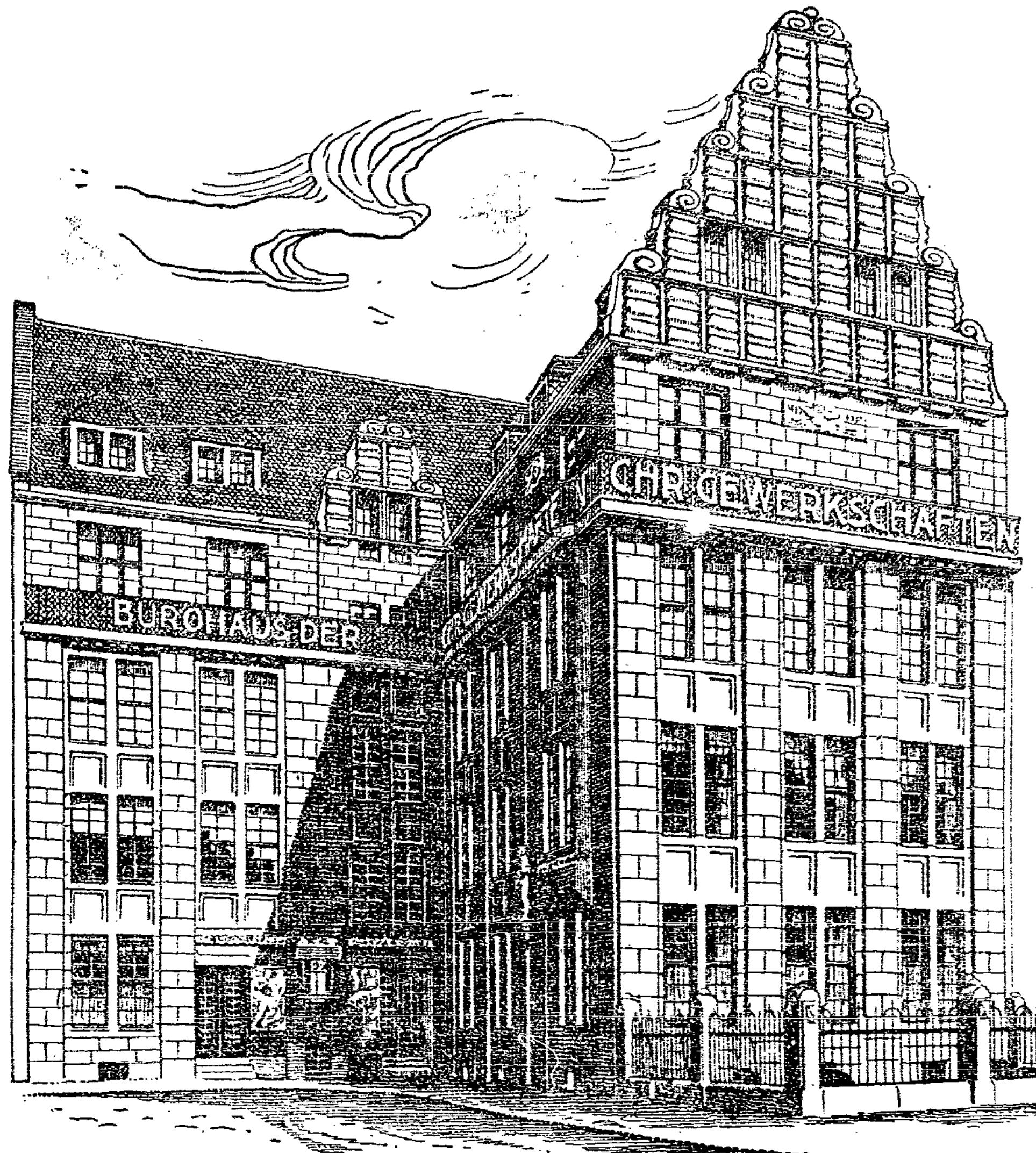
Bauliche Ausstattung.

Die Straßenfront des Hauses beträgt 35 Meter. In das Innere führen zwei Eingänge. Die sieben Fenstergruppen sind durch Eisenen getrennt bis zum Gesimsvorsprung des 3. Obergeschosses, das ein schweres, schmiedeeisernes Geländer trägt mit der Schriftauszeichnung des Hauses. Die Schauseiten sind in allen drei Fronten in echtem Sandstein-Material massiv ausgebildet.

Der Haupthauptschmuck der Fassaden ist der reichverzierte Giebel, welcher eine Höhe von ca. 25 Metern erreicht. Ferner ist die Fassade belebt durch die an den beiden Portalen ausgeführten Bildhauerarbeiten, welche Arbeitergruppen der verschiedenen Gewerbe darstellen. Dann ist an der Ansichtsfäche nach der Venloerstraße zu eine Rundfigur, die Energie darstellend, angebracht. Die beiden Reliefs, eines an dieser Front und eines unter dem Hauptgiebel, stellen die Wachsamkeit, die Zeit und den Fleiß dar.

Die Konstruktion des Gebäudes ist ganz in Eisenbeton ausgeführt.

Das ganze Haus hat ein Kellergeschoss und einen Räuchhof, der doppelt unterfertigt ist. In der zweiten Unterkellerung befindet sich die Heizungsanlage. Ferner ist im Kellergeschoss die Vakuumanlage sowie die Maschine für den elektrischen Lastaufzug untergebracht. Die übrigen Teile des Kellergeschosses sind als Alten- und



Räume vorgesehen, welche nach der Hinterfront gesägt sind und durch Lichtschächte eine ausreichende Beleuchtung erhalten.

Das Erdgeschoß, erstes, zweites und drittes Obergeschoß dienen ausschließlich zu Bureauzwecken.

Sämtliche Fußböden dieser Bureauräume sind mit Linoleum, auf Taktionsplatten verlegt, ausgeführt. Die Flure sind mit Steinzeugplatten belegt. Die Wandbekleidung in den beiden Eingangsentrees ist in einer Höhe von 2,50 Metern in Muschelfalfimitation ausgeführt.

Der Eichhof im Erdgeschoß ist als Außenhalbhalle für die Zugereisten und Arbeitslosen vorgesehen und sind hier die ganzen Wandflächen in einer Höhe von ca. 2,50 Metern einschließlich der Sitzbänke mit Majolikaplatten verkleidet. Die rechte Eingangsentree, welche für den Lokalverkehr bestimmt ist, der sich im Erdgeschoß abwälkt, ist geräumig angelegt, während der linke Eingang nur als Zugang zum Treppenhause vorgesehen ist. Hier sei bemerkt, daß die ganzen Fluranlagen sehr kurz angelegt sind, wodurch die einzelnen Bureauräume sehr geräumig ausfallen sind und eine sehr gute Lage erhalten haben, und wodurch ferner eine möglichst geringe bebaute Fläche erzielt wurde. Der elektrische Lastaufzug führt vom Keller bis zum Dachgeschoß. Im Dachgeschoß ist eine geräumige Wohnung für den Hausmeister angeordnet und der übrige Teil noch zu Bureauzwecken ausgebildet.

Entwurf und Bauleitung wurden von dem Architekten Theodor Koch, B. D. I., unterstützt durch seinen Architekten Seuffert, ausgeführt.

Innener Betrieb.

In dem Hause wird eine außerordentlich vielseitige Tätigkeit abgewickelt. In ihm sind untergebracht die Bureauräume folgender Institutionen:

1. Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
2. Hauptgeschäftsstelle der Zentralverbände: a) Holzarbeiter, b) Keram- und Steinarbeiter, c) Schneider und Schneiderinnen, d) Gemeindearbeiter und Strafenbahner, e) Graphischer Centralverband,

3. Bezirksleitungen der Verbände: a) Bauarbeiter, b) Metallarbeiter, c) Maler, d) Keram- und Steinarbeiter, e) Schneider und Schneiderinnen, f) Gütenbergbund.

4. Lokalverwaltungen der Verbände: a) Bezirkssortell der christlichen Gewerkschaften, b) Bauarbeiter, c) Metallarbeiter, d) Holzarbeiter, e) Gemeindearbeiter und Strafenbahner, f) Fabrik-, Verlehrts- und Hilfsarbeiter, g) Schneider und Schneiderinnen, h) Keram- und Steinarbeiter, i) Nahrungsmittelindustriearbeiter.

5. Gesamtverband deutscher Krankenkassen.

In Zeitschriften, Beilagen und regelmäßig erscheinenden Korrespondenzen werden in dem Bureauhaus redigiert: 1. Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, 2. Der Holzarbeiter, 3. Keram- und Steinarbeiterzeitung, 4. Schneiderzeitung, 5. Der Gemeindearbeiter und Strafenbahner, 6. Graphische Stimmen, 7. L'Italiano in Germania, 8. Die Krankenversicherung, 9. Gewerkschaftskorrespondenz, 10. Die Jugend, 11. Mitteilungen des Bezirkssortells, 12. Die Vereinigung, 13. Der Begründer, 14. Fachtechnische Rundschau (für die graphischen Berufe), 15. Die Revue (Fachtechnische Beilage für Schneider).

Insgesamt umfaßt das Bureauhaus, ohne Keller und Speicher, 58 Räume, wovon 5 Räume auf die Hausmeisterwohnung entfallen, so daß für Bureauzwecke 53 Räume verbleiben. Davon sind gegenwärtig 44 Räume besetzt, in denen 45 Beamte und Hilfskräfte (Stenographen, Schreibmaschinenräuberlein) beschäftigt sind. Bei vollbesetztem Hause und bei völliger Ausnutzung der vorhandenen Räume können in dem Gebäude 70–80 Beamte und Hilfskräfte bequem beschäftigt werden.

Möge Gottes Beistand und Glück und Segen über diesem Hause walten; möge Glück und Segen von ihm ausströmen zum Wohle der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Das ist unser Glückwunsch, der sich wohl mit dem aller christlichen Gewerkschäften unseres Verbandes und darüber hinaus vereinigen wird.

Allgemeines.

Die Neutralität der christlichen Gewerkschaften ist neuerdings wieder von sozialdemokratischen Blättern angezeifelt worden. Ein früheres Mitglied der christlichen Gewerkschaften namens Adolf Müller in München, der aus Verges darüber, daß sein Sehnen nach einem Beamtenposten unerfüllt blieb, vom Graphischen Zentralverband zum sozialdemokratischen Buchbinderverband übertrat, hat der sozialdemokratischen Presse das angebliche Material dafür gesiebert. Dennoch soll in Zahlstellenversammlungen des graphischen Verbandes in München ein Vortrag über den (katholischen) Presßverein und ein Vortrag über die „religiösen“ Beziehungen Alt-münchens gehalten werden sein. Ferner soll nach einer Versammlung eine Geldsammlung zur Bekämpfung des Metzels, also für politische Zwecke, stattgefunden haben; Vorgänge, die der Leitung des Graphischen Verbandes und der christlichen Gewerkschaften überhaupt erst durch die sogenannten „Entführungen“ des Ueberläufers Müller bekannt geworden sind.

Bei den Vorträgen siegt eine Bekleidung der Neutralität absolut nicht vor. Ein Vortrag über den katholischen Freizeitverein wurde niemals in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung gehalten, sondern in dem hier angezogenen Falle ist über die Bedeutung der Freizeit in allgemeinen gesprochen worden. Und in dem anderen Falle handelt es sich nicht um einen Vortrag über die religiöse Beziehung Münchens, sondern um die historische Entwicklung von München, also um ein geschichtliches Thema. Wenn nach Schluß einer Gewerkschaftsversammlung einzelne Mitglieder, die sich zu einer Regelpartie zusammengefunden hatten, Geld für religiöse Zwecke gesammelt haben, so mag man darüber verschiedener Meinung sein, aber die christlichen Gewerkschaften für einen solchen Einzelfall verantwortlich zu machen, kann nur Unschärfe und Bosheit fertig bringen. Im vorliegenden Falle ist jedoch noch besonders zu erwähnen, daß es der zu den Sozialdemokraten übergetretene Müller selbst gewesen ist, der die erwähnte Geldsammlung vorgenommen hatte. Mit diesem Beweis für die „durchlöcherte Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften“ ist es also nichts. Sollten einzelne Redner oder Mitglieder einmal gegen die Neutralität verstoßen, so wird dies von der Leitung der christlichen Gewerkschaften auf keinen Fall gebilligt, vielmehr Vorjorge getroffen, solches nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Gegner der christlichen Gewerkschaften sind schon wiederholt aufgefordert worden, einmal den Nachweis zu erbringen, wo in christlichen Gewerkschaftsorganisationen, Versammlungen, auf Kongressen usw. jemals für eine politische Partei Propaganda gemacht wurde, oder ob jemals aus christlichen Gewerkschaften selber für parteididaktische Zwecke hergegeben wurden. Dieser Nachweis ist noch von niemandem geführt worden, weil es eben nicht möglich ist. Bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften liegen diese Beweise jedoch in tausendfacher Anzahl vor.

Zur Neutralität der Hirsch-Dundeschen Ge-
werkschaften. Nachdem der eben gefügten Wahlen zum
preußischen Landtag zeigte die Hirsch-Dundesche Gewerks-
chaften wieder einmal, daß es mit der angeblichen
Neutralität dieser Gewerkschaftsrichtung eitel Sonnburg ist.
Der Begriff „Neutralität“, das Organ der Partei der Hirsch-Dundeschen
Gewerkschaft, bringt in seiner Nr. 17, 1913, einen
Artikel, wonin für eine Veränderung des preußischen
Sicherheits und gegen die rechtstehenden politischen Par-
teien Stimmung geworben wird. „Eins steht fest“, so
heißt es u. a. in diesem Artikel, „eine gründliche Verände-
rung in der Zusammensetzung des preußischen Landtages
ist nur möglich, wenn Sozialdemokratie und bürgerliche
Linie bei den nächsten Landtagswahlen sich vorher gegen-
seitig verhindern.“ Zu dieser offenkundigen Weise macht
der Sozialdemokrat für die Wahlpolitik. „In gleichen
Sinn nimmt er in „Der Gewerkschaft“, das Zeitschrif-
ten der Hirsch-Dundeschen Gewerkschaft, zu den preußi-
schen Gewerkschaften Stellung. In einem Beitrag (Nr. 36, 1913) rägt das Blatt die Hirsch-Dundeschen Mit-
glieder auf zur regen Wahlbeteiligung. Es würde aus
all diese verführt werden, daß die Linie im preußi-
schen Landtag noch mächtiger würde: „Was kann aber
enthalten, wenn ihr Wahl tödlich unbedürftig zur Gel-
tung komme, kann sich jeder selbst aussuchen. Ein pa-
ratelles Beispiel hat Lauter, das ganz beim Zentrum
liegt.“ Sie um sich selbst Sicherheit zu machen,
braucht bei Hirsch-Dundesche Stütze im gleichen Maße,
das es teilweise keine Parteipolitik treiben koste. Von
parteilicher Neutralität fördern die Hirsch-Dundeschen
noch höher ihre politische Stellung zu haben, denn offen-
sichtlicher liegt sich die parteilose Neutralität nicht
mit ihnen tragen, wie es in keiner politischen Partei
möglich seißt ist.

Entgangenheitsverhältnisse im Maßnahmenbereich
wurde am 15. und 16. Mai in Berlin festgestellt.
Es war unter ein Schätzungsrecht gefüllt worden, dem
nach den drei bekannten Herstellerfirmen je zwei Ent-
nahmestücke der freizügigen Farben angeboten. Bei
Auktionsspielen waren dies die Zeppelinschmiede und
Friedrichshafen-Berlin, auf Geschäftsräte der Waffen-
fabrik und Flugzeugfabrik des Deutschen Reiches zugeteilt,
und folgerichtig kamen diese beiden Betriebe.

haben, deren allgemeine Anerkennung für die betreffenden Orte.

Nach längeren Verhandlungen machte das Schiedsgericht einen Einigungsverschlag, der auf dieser Grundlage steht; er hält die Schiedssprüche vom Februar unverändert aufrecht und weist den örtlichen Organisationen die Ausgabe zu, in den Städten, wo sich während des zehnwochigen Kampfes die Sachlage zugunsten der Geschützen erheblich geändert hat, dies durch Festsetzung von höheren Lohnsätzen zu würdigen.

Dieser neue Einigungs-Vorschlag lautet im wesentlichen wie folgt: Die von den beiden Parteien gestellten Anträge ermöglichen keine Verständigung, deshalb behalten die Schiedssprüche vom Februar unveränderte Geltung. Daselbe gilt bezüglich des damals vereinbarten Tarifschemas mit den dazugehörigen Erklärungen. Die den Gehilfen zugesprochenen Lohnnerhöhungen treten sofort nach Beendigung des Kampfes in Kraft. Wo in größerem Umfang während des Kampfes über den Schiedsspruch hinausgehende Löhne erlangt wurden, soll deren allgemeine Anerkennung durch örtliche Vereinbarung erfolgen. Innerhalb drei Wochen müssen alle Ortsstarife getägigt sein. Die Parteien haben sich bis 22. Mai über die Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages zu erklären.

Die Organisationen sind zurzeit mit der Stellungnahme zu diesem Einigungs-Vorschlage beschäftigt. Von ihrer Entscheidung wird es abhängen, ob der Kampf im Masergewerbe nunmehr sein Ende nimmt oder weiterdauern soll.

Tariffragen im Buchdruckergewerbe. Die am 21. und 22. April abgehaltene Sitzung des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker hatte sich u. a. auch mit den Forderungen des Gutenberg-Bundes zu beschäftigen, der seine Gleichstellung mit dem sozialdemokratischen Buchdruckerverband innerhalb der Tarifgemeinschaft erstrebt. Den durchaus berechtigten Wünschen der christlich-nationalen Buchdruckerorganisation ist leider wieder nicht vollständig Rechnung getragen worden. Die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes beharrten auf ihrer bisherigen Alleinherrschaft und stellten sogar die Kabinettfrage: wenn den Forderungen des Gutenberg-Bundes Genüge geschehe, würde der sozialdemokratische Verband seine sämtlichen Vertreter aus den Tarifinstanzen herausziehen. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertreter fand leider bei einem gewissen Teil der Prinzipale wieder nicht die notwendige Zurückweisung, während sich erfreulicherweise die Zahl der Prinzipale mehrt, die die Forderungen des Gutenberg-Bundes als berechtigt anerkennen. Zur Sache selbst wurde geltend gemacht, daß die Annahme der Forderungen des Gutenberg-Bundes eine Tarifänderung bedinge, was aber während der Vertragszeit nicht einging sei. In einigen Punkten hat der Gutenberg-Bund dennoch etwas erreicht. So ist zunächst zugesprochen worden, daß der Redakteur des „Typograph“ zu den Verhandlungen des Tarifausschusses wechselen

wird. Ferner ist Klarheit darüber geschaffen worden, daß die ausgelernten Gehilfen ihre Aufnahmen in die Tarifgemeinschaft nicht bei dem Kreisgeöffneten Vertreter (der stets ein sozialdemokratischer Verbandsbeamter ist) zu beschließen brauchen. Ferner ist der Antrag des Gutenberg-Bundes, die Beiträge seiner Mitglieder für die Tarifgemeinschaft gemeinsam abzuführen, angenommen worden. Dazu war vom Gutenberg-Bund noch beantragt worden, die Bekanntmachungen der Tarifinstanzen nicht nur dem „Korrespondent“ (Organ des sozialdemokratischen Verbandes), sondern auch dem „Typograph“ (Organ des Gutenberg-Bundes) zuzustellen. Dieser Punkt soll demnächst das Tariftant bestätigen.

Die völlige Gleichberechtigung des Gutenberg-Bundes analog dem sozialdemokratischen Verband ist mit diesen ebenbürtigen Zugeständnissen allerdings nicht erreicht, ob zwar durch das herrschüchtige und unmachbare Verhalten der sozialdemokratischen Verbandsleiter, die hier wieder deutlich gezeigt haben, daß sie die Organisationsferien über die Tarifgemeinschaft stellen. Der Kampf um das gleiche Recht innerhalb des Buchdrucker-Tarifs muß somit vom Gutenberg-Bund weitergeführt werden; dabei wird er noch wie vor die Unterstützung der gewissen christlich-nationalen Arbeiterschwung finden. So wird es in der Buchdruckertarifgemeinschaft nicht sein, bis die Monopolstellung des sozialdemokratischen Verbandes beseitigt und gleiches Recht für alle Tarifinteressenten geschaffen ist.

Die Gesetzesfassung der Altersgrenze für die Altersrente. In der bürgerlichen Tagespresse wird folgende, aufgetrennt vom Reichsversicherungsamt inspirierte Mitteilung verbreitet:

Der Umstand, daß auf der Konferenz von Ber-
tretern der Landesversicherungsanstalten, die im vo-
rigen Monat im Reichsversicherungsamt stattfand, auf
Grund der vorgenommenen Zählungen jemtlicher Ver-
sicherer in den Altersklassen vom 60. bis 65. Lebens-
jahr die Belastung durch die Herausstellung der Alters-
gruppe auf des 60. Lebensjahr insgesamt auf jährlich
13½ Millionen erreicht ist, hat zu der Annahme ge-
führt, daß damit die Angelegenheit bereits endgültig
geklärt sei. Diese Annahme ist jedoch nicht
zutreffend. Denn die bei der Auszählung der
Altersklassen gewonnenen Zahlen bedürfen zu ihrer
richtigen Beurteilung einer sachverständigen Nachprü-
fung, die gegenwärtig von der zuständigen Stelle aus-
geführt wird. Zur Klärung der ganzen Frage wird
eine Denkschrift ausgearbeitet, die im Spä-
teren beim Reichstag zugehen wird. Auf
Grund dieser Denkschrift wird dann der Reichstag zu
entscheiden haben, ob die Herausstellung der Alters-

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerbevereine hielten in der Pfingstwoche in Berlin ihren 18. ordentlichen Verbandstag ab. Als Vertreter der Reichsregierung waren Geheimrat Giesarth, der in gleicher Eigenschaft auch am Kongress der christlichen Gewerkschaften in Dresden teilnahm, und Senatspräsident Geheimrat Bähler anwesend. Am ersten Tage referierte der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Weinhausen über das Thema: „Das Kollisionsrecht der Staatsarbeiter“. Ein anschließendes Referat behandelte „das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitern“. Es wurde vom Gewerbevereinssekretär Gleichauf-Berlin erstattet. Über „Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung“ erstattete Schumacher-Berlin Vortrag.

Nach dem Referat Gleichauff ereignete sich ein bemerkenswerter Zwischenfall. Sofort nachdem der Referent seine Ausführungen über „das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern“ beendet, erhob sich der Vertreter der Reichsregierung, Herr Geheimrat Eifarth, und gab folgende Erklärung ab:

„Ich habe zwar zu Anfang der Verhandlungen gesagt, als Vertreter der Regierung würde ich in die Debatte nicht eingreifen, aber durch die meines Erachtens das zulässige Maß der Kritik in vieler Beziehung weit überschreitende Ausführungen des Referenten sehe ich mich doch dazu genötigt. Ich kann nicht auf alle maßlosen Überreibungen bei den Angriffen und ungerechten Vorwürfen gegen die Regierung eingehen, aber ich muß Verwahrung gegen die Behauptung einlegen, daß in Deutschland nicht das Recht, sondern das Faustrecht herrsche. Ich muß Verwahrung einlegen gegen die Behauptung, daß bei Streiks Polizei und Militär ausgetragen würden, um die Unternehmerinteressen zu schützen, und ich muß auch Verwahrung einlegen dagegen, daß behauptet worden ist, die Regierung täte nichts zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, weil sie sich von den Großunternehmern beeinflussen lasse. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß der Vorsitzende wenigstens diese, auch in der Form zu weitgehenden Angriffe gegen die Regierung rügen wird; andernfalls werde ich nicht weiter den Verhandlungen beiwohnen und auch meinem Chef nicht empfehlen können, eine Vertretung herzusenden.“

Als der Vorsitzende Hartmann hierauf erklärte, er habe keine Veranlassung, die Ausführungen des Steuerrenten zuzückzuweisen, verließen die beiden Regierungsvertreter demonstrativ den Saal. Der Landtagsabgeordnete Goldschmidt bemühte sich zwar angelegentlich, um die Herren zumbleiben zu veranlassen, jedoch ohne Erfolg.

Es wurde dann der „Bericht über Tätigkeit und Entwicklung der Gewerkschaften und des Verbandes seit dem letzten Verbandstage (1910)“ entgegengenommen. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen.

Jugendverein und Gewerkschaft. Unter dieser Lebericht bringt „Die Wacht“, das Organ katholischer Jugendvereine (30. März 1913), einen Artikel, worin die Notwendigkeit und Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die gewerblich tätige Jugend hergehoben wird. Für sein Fortkommen im Arbeitsverhältnis, für den Schutz seiner Rechte bedürfe der jugendliche Arbeiter der Gewerkschaft. „Mit 360 000 Mitgliedern und einem Vermögen von über sieben Millionen Mark sind die christlichen Gewerkschaften wohl imstande, im Interesse ihrer Mitglieder nachhaltigen Einfluß auf das Arbeitsverhältnis auszuüben. Bei Behörden, in den Parlamenten vertreten die christlichen Gewerkschaften die Rechte ihrer Mitglieder und haben stets das Wohl aller im Auge. So sind die christlichen Gewerkschaften zweifellos auch für die Jugendlichen von grotem Nutzen.“

Dann werden die Gründe widerlegt, die viele jugendliche Arbeiter von der christlichen Gewerkschaftsbewegung fernhielten. Alle müssten mitmachen, dann würde sich auch in vielen Fällen erforderliche Zusammenarbeit von Jugendverein und Gewerkschaft besser ermöglichen lassen: „Aber nicht allein den Kampf gegen gewisse Unternehmer kämpfen die christlichen Gewerkschaften. Heute noch ist oft der Streit unter der Arbeiterschaft selbst, der Kampf zwischen „freier“, klarer gejagt sozialdemokratischer und christlicher Organisation. Und auch in diesem Streit gilt jeder etwas. Da darf und kann keiner zurückstehen, das hieße schon den Feind fördern; Wer sich nicht betusen fühlt, in den vordersten Reihen zu streiten, der helfe wenigstens die Macht der christlichen Organisationen zu verstärken. Schande über den aber, der gat zum Feinde überginge! . . . Die Hungrigeitstausende christlicher Arbeitsmänner, die begriissen haben, daß auch der Arbeiterstand Opfer bringen muß, um seinen Platz neben anderen Ständen zu behaupten, die aber in diesem Kampf sich an Gottes Gebot zu halten entschlossen sind, „hossen auf ein junges Blut“: Christlich auf drum zu starker zäher anstrengung.“

Angesichts der Tatsache, daß sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit dem ganzen Aufwand ihrer gewaltigen Agitationsmittel um die Heranziehung der jungen bemühen, ist im christlichen Lager auch wahrlich die Zeit mehr zu verlieren, um der heranwachsenden Generation den Weg in die christlich-nationale Arbeitserziehung zu zeigen.

Billigere Rassepreise? Die diesjährige WeltRasse-
te wird nach Einschätzungen erheblich größer sein als
Vorjahr, und zwar soll sie 10 488 000 Doppelzentner
ragen. Im Jahre 1912 hat sie 9 313 000, 1911
9 96 000 und 1910 8 799 000 Doppelzentner betragen.

Mehr als drei Viertel davon, genau 77 Prozent, liefern Brasilien, das für 1913 mit 8145 000 Doppelzentner vertreten ist. Auf Mexiko und Centralamerika kommen 840 000 Doppelzentner oder 8 Prozent, auf Kolumbien und Venezuela 600 000 Doppelzentner oder 5,7 Prozent, auf Java 288 000 Doppelzentner oder 2,6 Prozent, auf Haiti 240 000 Doppelzentner oder 2,3 Prozent. Der Kaffeeexport nach Deutschland stellt sich auf annähernd 18 Prozent der Weltproduktion. Wenn Deutschland nahezu ein Fünftel der Jahresernte verbraucht, ist es von Bedeutung, wie sich die Preise gestalten. Wie der „Konsumverein“, Zeitschrift des Verbandes westdeutscher Konsumvereine, meint, wird man nicht fehlgehen, wenn man mit einem weiteren Rückgang der Kaffeepreise rechnet.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Mülheim-Ruhr (Sperr über die Firma Kurth und Hoffmann wegen Nichtinnehaltung des Tariffs), Gelsenkirchen (Fliesenleger) (Sperr über die Firma Hünnebeck & Co.), Bitburg, Eifel (Sperr über die Firmen Garben jr. und sen. wegen Missregierung), Idstein-Büren (Sperr über den Bauunternehmer Büchmann wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages). Düsseldorf (Leber die Firma Häuser ist für Zimmerer die Sperr verhängt). Hamm i. W. (Sperr über das Stuckgeschäft Heinrich Müseler wegen Nichtanerkennung des Tariffs). Schwerin a. W. (Sperr über die Firma Giebenstein). Recklinghausen (Sperr über das Plattengeschäft Overtum in Waltrop). Rüsselsheim (Streik der Maurer und Bauhelfsarbeiter wegen Abschluß eines Tarif-Vertrages). Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Münster.

Telgte. Der im hiesigen Baugewerbe seit vier Wochen tobende Streik ist am Donnerstag, den 15. Mai, beigelegt worden. Die Unternehmer Horstmann und Gerdmann, die bei der ersten Verhandlung jegliche Lohn erhöhung ablehnten, machten die verzweifeltesten Anstrengungen, um für die streitenden Kollegen Erfüllung zu schaffen. Doch die Streifleitung war auf ihrem Posten. Drei Kolonnen Italiener, die man nach Telgte mit hohen Lohnversprechungen gelockt hatte, ohne ihnen zu sagen, daß Streik sei, wurden wieder abgezogen. Sie lehnten es ab, in Telgte zu arbeiten, nachdem ihnen ältere Kollegen Ausklärung gegeben hatten, worum es sich handele. Dann hatte man es verstanden, eine Kolonne Maurer aus dem Lipperischen, ebenfalls unter Versprechnung, daß es sich um Streifarbeit handelt, für Telgte zu gewinnen. Doch die Streifleitung bekam auch von dieser Sache Wind; sie fuhr den Kollegen bis Rheda entgegen, klärte sie auf, und als dann in Warendorf der Vertreter der Unternehmer sie in Empfang nehmen wollte, leuchteten ihm die wider ihren Willen als Streikbrecher ausserordentlichen Lipperischen Kollegen gründlich heim und fuhren statt nach hier nach Hamm. Die schon bereitgestellten Betten sowie der fertiggestellte Braten blieben aus diesem Grunde „leider“ unberührt. Als so nun alle Feinde weggeschwommen waren, waren die Unternehmer zu Verhandlungen bereit. Diese endeten mit einem dreijährigen Vertragsabschluß sowie einer Lohn erhöhung, verteilt auf drei Jahre, so daß am 1. Mai 1915 der Lohn für Maurer und Zimmerer 53 Pf. und für Hilfsarbeiter 46 Pf. beträgt. Es ist ein schöner Erfolg. Er wurde erzielt, weil die Kollegen in geschlossener Einigkeit für ihre Verbesserungen kämpften. Hinsichtlich gelingt es, bald noch einige Orte der Umgebung so scharf zu organisieren wie Telgte, damit auch dort geordnete Verhältnisse im Baugewerbe geschaffen werden. Natum, Kollegen, frisch an die Arbeit!

Jahresbericht des Bezirks Bochum.

In der Geschichte des deutschen Baugewerbes wird das Jahr 1912 einen wenig erfreulichen Klang haben. Die schönen Hoffnungen, mit denen die Interessenten am Baumarkt, die Unternehmer und Arbeiter, in das Jahr hineingingen, blieben im großen ganzen unverfüllt. Mancher brave und fleißige Bauarbeiter, der gern arbeiten und für sich und seine Familie den Lebensunterhalt be schaffen wollte, mußte wochen- und monatelang von einer Arbeitsstelle zur andern laufen, ohne Beschäftigung und Verdienst zu finden.

In unserem Bezirk, im rheinisch-westfälischen Industriegebiete, machte sich erfreulicherweise die außerordentliche Depression, die im vergangenen Jahre aus dem Baumarkt lastete, nicht in ihrem vollen Umfange bemerkbar.

Freilich lag auch hier die Privatbautätigkeit sehr niedrig; dafür wurden aber Industriebauten, Koloniehäuser, Holzhäuser, sowie Repräsentations- und Bauten öffentlichen Charakters in höherem Umfange ausgeführt. Richten unsere Vertragskollegen auch vielsach, infolge Arbeitslosigkeit, ihren Wohnort verlassen, so konnten sie doch im engeren Bezirk immer wieder Beschäftigung finden.

Die Verwaltungsstelle Arnsberg, besonders Recklinghausen, hatte auch im Berichtsjahr wieder eine beständige Beschäftigungsfähigkeit aufzuweisen. Außer einer wesentlichen Zahl von Privatbauten wurde in Güsten ein großes Kranenhaus errichtet.

Die Städte Bochum, Gelsenkirchen und Herne wiesen im vergangenen Jahre eine bedeutend geringere Bautätigkeit auf als im Vorjahr. Besonders besser war die Konjunktur in den Städten Witten und Herne; in Hattingen war die Bautätigkeit sehr lebhaft. Die Erweiterung der Gartenstadt Hüttensau um etwa hundert Häuser und der Bau des Elektrizitätswerkes trugen dort zu einer regen Bautätigkeit bei.

Ein genaues Bild über die Bautätigkeit in den festgenannten Bezirken ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich.

	Es wurden Baulizenzen erteilt										Summe
	1. für Gewerbe	2. für Gewerbe	3. für Gewerbe	4. für Gewerbe	5. für Gewerbe	6. für Gewerbe	7. für Gewerbe	8. für Gewerbe	9. für Gewerbe	10. für Gewerbe	
	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	
Stadtteil Bochum	240	101	38	51	72	—*	336	—*	686	439	
Amt Gladbeck	5	7	2	7	3	11	6	5	17	20	
" Dörum II (Süd)	23	5	2	2	21	17	22	62	54		
" Harpen	15	21	60	—	8	25	31	30	114	76	
" Horst	62	71	2	9	31	10	17	19	115	103	
" Langendreer	28	35	12	23	62	72	39	27	141	163	
" Wattenscheid	24	16	10	17	39	31	33	42	106	107	
" Werne	24	25	3	4	18	21	19	15	70	63	
Stadtteil Gelsenkirchen	94	129	10	15	356	112	267	257	727	514	
Stadt Witten	39	38	1	2	37	44	12	8	88	92	
Amt Gladbeck	16	4	2	9	11	22	36	22	65	57	
" Wanne	27	30	13	9	32	32	30	94	152	156	
" Witten	45	20	7	10	56	37	20	30	97	97	
Stadt Hattingen	25	22	3	5	15	25	12	28	55	30	
Amt Altena	23	118	14	16	25	31	21	41	83	206	
" Binsen in Hattingen	28	12	16	28	64	24	41	24	149	89	
" Herbede	9	13	2	—	19	13	3	14	33	40	
" Linden-Dahlhausen	18	12	2	3	32	18	20	23	72	67	
Stadtteil Herne	62	59	5	28	79	82	45	48	191	167	
Stadtteil Witten	38	36	13	14	47	81	75	58	213	229	
	864	602	222	268	1086	—	1140	—	3332	2901	
	Summa										

In dem Verwaltungsstellengebiete Duisburg war die Bautätigkeit infolge des gelinden Winters am Anfang des Jahres gut. Im letzten Viertel des Monats März und im April flachte sie jedoch wesentlich ab. Darauf machte sich wieder eine Steigerung bemerkbar, die bis zum Herbst, wo sich abermals ein teilweise Sinken feststellen ließ, anhielt. In den Orten Großenbaum-Hückingen und Lintfort war ein flotter Geschäftsgang zu verzeichnen. In Hohensyke-Hriemersheim war der Beschäftigungsgrad im Laufe des Jahres minimal; eine Steigerung der Konjunktur machte sich erst gegen Herbst des Jahres infolge der Errichtung eines Kranenhauses und einer größeren Zahl Koloniehäuser, die die Firma Krupp errichtete.

Das Stadt- und Landgebiet Dortmund hatte im vergangenen Jahre, hauptsächlich in der zweiten Hälfte des selben, eine ziemlich gute Bautätigkeit aufzuweisen. Nicht nur in der Großstadt herrschte eine rege Bautätigkeit, sondern auch in den Vororten wurden große Bebauungsanlagen und Koloniebauten errichtet. In der Stadt Dortmund wurden in dem letzten Viertel des Jahres 1912 251 (260) Baueraubnischeine erteilt (die eingeflamerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahrs), darunter 1 Kranenhauserrichtungsbau, 2 öffentliche Gebäude, 5 (5) gewerbliche Anlagen, 42 (47) Wohn- und Geschäftshäuser.

Ganz und gar unbefriedigend war die Baukonjunktur in der Verwaltungsstelle Essen. Im Stadtgebiet Essen ging die Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahr fast um die Hälfte zurück. Unbedingt wäre eine drückende Arbeitslosigkeit eingetreten, wenn nicht verschiedene Industriebauten, Geschäftshäuser und Bauten öffentlichen Charakters errichtet worden wären.

Ein klares Bild über die Gewerblage im Baugewerbe zu Essen wird uns durch nachfolgende Tabelle gegeben. In den letzten drei Jahren wurden vom Anfang des Jahres bis einschließlich des Monats November Baueraubnisse erteilt:

	1910	1911	1912	
Wohngebäude	1151	816	363	
Öffentliche Gebäude	4	6	7	
Gewerbliche Gebäude	271	255	159	
Umbauten	427	495	430	
Sonstige Bauten	116	174	189	
	Summa 1909 1746 1148			

Ahnlich wie im Vorjahr war auch im Berichtsjahr die Bautätigkeit in dem Verwaltungsstellengebiete Gladbeck sehr rege. Hier ließ die Privatbautätigkeit vieles zu wünschen übrig, dafür wurden aber um so mehr Industriebauten und Geschäftshäuser fertiggestellt.

In dem Stadtbezirk Hagen war im vergangenen Jahre eine große Bauunlust zu verzeichnen; dagegen hatte das eigentliche Sauerland eine sehr flotte Bauunlust aufzuweisen. In der Mitte des Berichtsjahrs wurde in der Sauerländer Kreise sogar hervorgehoben, daß in einem Orte des Altenaer Kreises kaum genug Bauland zur Herstellung neuer Häuser vorhanden sei.

Auch in den Verwaltungsstellengebieten Hamm, Oberhausen und Recklinghausen hatten wir im vergangenen Jahre eine mittelmäßige Baukonjunktur zu verzeichnen.

Aus dem Geschilderten geht hervor, daß die Gewerblage des Baugewerbes in unserem Bezirk recht verschiedenartig, im Durchschnitt genommen aber zufriedenstellend war.

Wie aus den Berichten der „Kölnerischen Volkszeitung“, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ sowie aus der Zeitschrift „Die Bau-Woche“ hervorgeht, wird im Baujahr 1913 in unserem Bezirk mit einer guten Konjunktur zu rechnen sein. Hauptfachlich sind schon jetzt wieder zahlreiche Industrie- sowie öffentliche Bauten in Aussicht genommen.

Die Organisationstätigkeit in unserem Bezirk war auch im vergangenen Jahre wieder sehr lebhaft. Aufgenommen wurden 6406 (7842) und übergetreten aus anderen Verbänden sind 593 (607) Kollegen. Beitragsmarken wurden verkauft 412 545 (362 336), also 50 209 Stück mehr als im Jahre 1911.

Im Zuschlagsbeiträgen, die im Jahre 1910 geleistet werden mussten, gingen im Berichtsjahr 2672 (2739) ein; an Zollabfondsmarken zu 10, 20 und 50 Pf. wurden 45 652 (48 526) und Wintermarken zu 1 % 9164 (9794) umgesetzt. Die Einnahme für die Zentrale beträgt 228 024,16 M. (210 495,18), mithin ein Mehr gegen das

Vorjahr von 17 528,98 M. Die Volkssassenbestände stiegen im Laufe des verflossenen Jahres von 65 056,31 M. auf 79 542,92 M., also um 14 486,61 M.

Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 11 354, im Jahre 1911 10 989, sie ist also um 374 gestiegen.

Erscheint diese Mitgliederzunahme auch etwas gering, so geht doch aus den angeführten Zahlen hervor, daß unter unseren Mitgliedern stabile Verhältnisse eingetreten sind. Die Zahl der Beiträge, die laut Statistik pro Jahr und Kopf gezahlt werden müssen, ist erheblich gestiegen, wodurch auch die gesamte Jahreseinnahme sich bedeutend gesteigert hat.

Auch die hohe Zahl der Arbeitslosenmarken, worüber wir in der Vergangenheit sehr zu klagen hatten, ist verhältnismäßig zurückgegangen.

Über die einzelnen Lohnbewegungen, die wir in unserem Bezirk im vergangenen Jahre zu verzeichnen hatten, ist gleich nach Abschluß derselben und ferner in den Jahresberichten der einzelnen Verwaltungsstellen ausführlich berichtet worden; daher erachten wir es für überflüssig, sie noch einmal zu schildern.

Hervorheben wollen wir nur, daß wir auch im vergangenen Jahre wieder über geradezu erschreckend viele Vertragsverletzungen der organisierten Unternehmer zu klagen und daher ununterbrochen mit Abwehrmaßnahmen zu tun hatten.

Freilich haben hier und da auch einige unserer Kollegen geschuft und hauptsächlich bezüglich der täglichen Arbeitszeit den Tarifvertrag verletzt; wo aber uns als Leiter der Organisationen solche Fälle bekannt wurden, da sind wir unverzüglich eingekrallen und haben die strikte Durchführung des Tarifs verlangt.

keit, man sagte, ach, wir haben bisher glänzend gesiegelt, das wird auch jetzt wieder geschehen, trotzdem wir uns nicht daran beteiligen. Die Folge war, daß wir um ein paar Stimmen dem Gegner unsere Siche abtreten mußten. Solches darf in der Zukunft nicht wieder vorkommen, denn das ist eines organisierten Mannes unwürdig.

Die Tätigkeit der Bezirksleiter war im Berichtsjahr wieder recht vielseitig; sie nahmen teil an 21 öffentlichen, 32 Verwaltungsstellen- und 259 Zahlstellenversammlungen, darüber an 67 Vorstandssitzungen sowie an 45 Haushaltier- und Vertrauensmännerversammlungen und Bauabstimmungen. Kassenrevisionen nahmen die Bezirksleiter an 26 Tagen vor; für Sitzungen des Einigungsausschusses, der Schlichtungskommissionen, der Lohnkommissionen- und sonstigen Sitzungen wurden die Bezirksleiter 293 mal in Anspruch genommen.

Aus dem Geschilderten dürfte wohl hervorgehen, daß das vergangene Jahr wieder ein Jahr rühriger, aber auch segensreicher Arbeit war.

Doch auch unsere Lokalräte, Verwaltungsstellenvorstände und Vertreutensmänner im Berichtsjahr wieder recht rührig waren, dürften aus den bereits veröffentlichten Berichten der einzelnen Verwaltungsstellen schlußfolgern. Sie verzichten daher auch auf eine nochmalige Schilderung dieser Tatsache und wollen ihnen nur bei dieser Gelegenheit für ihre fleißige und selbstlose Arbeit unsern innigsten Dank aussprechen.

Aber auch viele unserer Mitglieder haben an der Stärkung und dem inneren Ausbau unseres Verbandes mitgewirkt, daher gebührt auch ihnen unser Dank. An diese Danke wolle ich gleichzeitig die Bitte knüpfen, daß unsere Vorstandsmitglieder und Vertreutensmänner sowie unsere geliebten Mitglieder auch in Zukunft mit uns hand in Hand arbeiten.

Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, daß das Verbandsleben in unserem Bezirk noch viel lebhafter als bisher gefaßt wird.

Unsere Versammlungen müssen stets interessant gemacht und gut besucht werden, daß Vertrauensmänner- und Beauftragtenversammlungen mehr ausgebaut und die Kleinregierung freiz gesetzt werden; vor allem müssen unsere konfektionären Mitglieder augetütelt und die unorganisierten Gejähmungsgenossen unserem Verbande zugeführt werden.

Arbeiten und wirken wir in diesem Sinne, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Sollum, Siemelhäuserstr. 13.

Wilhelm Koch

Verbandsnachrichten.

Sir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse daran aufmerksam, daß am Sonntag, den 25. Mai, der dreizehnter Wochenbeitrag fällig ist.

Bischofsburg. Vor der Strafkammer in Bielefeld stand Beamternehmer Bernhard Detki aus Bischofsburg, wegen fahrlässiger Tötung bereits einmal mit 2 Monaten Gefängnis verurteilt, wieder wegen desselben Vergehens. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er durch Aufräumung der ihm als Beamternehmer zugehörigen Betreuung zur schwangemäigen Aufführung des Souveräns an dem Neubau der Brauerei Damm in Bischofsburg im August 1912 fahrlässig den Tod des Konzess. Josef Ober aus Bischofsburg verursacht habe. Erst nach erfolge Bruchs eines Regelsatzes, dessen Beschränktheit nicht ganz einwandfrei war, vom Gericht gründlich, hatte sich bei diesem Bruch auf einzigen vorbehaltlosig nicht abgedeckten Trügern die Befreiung gestrichen und das Strafgericht gequert, und war an dieser Verleumdung gefordert. Die Anklage hinsichtlich des Regelsatzes wurde seitens der Anklagebehörde nach der Freiheitsentnahme festgestellt, so daß nur noch die Untersuchung der Abwehrung der Zeugen zur Abschaffung stand. Unter Berücksichtigung der Verteilung des Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung bestätigte die Staatsanwaltschaft 6 Monate Gefängnis. Das längere Verfahren verhinderte das Gericht den Anklagten zu 2 Monaten Gefängnis. — Der Detki ist derzeit Unternehmer, befindet sich bei einer dortigen vorjährigen Sozialversorgung nicht genügend als der 24-jährige bei arbeitswilligen Elementen empfunden wurde. Eine längere Zeitlang befand er sich unter Tage als Tagesschläfer, was nicht für ihn eigene als organisierte Arbeiter wahrgenommen. Zug an dem Kunden, wo sich der ältere Detki gegen arbeitende zum größten Teil unorganisierte Männer. Wenn wird endlich auch bei diesen Kollegen hier die Organisationsarbeit treiben, daß wir in der christlichen Organisation ihre Freude gewahrt werden können? Aber auch Arbeit und Gewerkschaft will die Organisation für ihre Angehörigen öffnen. Dass, soviel steht fest, daß auf der Frau und Kind auch nicht durch christliche Unternehmer von der Organisation abhängt. Die Hoffnung ist es, welche mir den Namen des Unternehmers Detki treibt. Etwas Arbeit und die Organisation bezogenes Vieles zur Freude.

Generalversammlung Wiesbaden. Der Verwaltungsrat berief die Zentralversammlung zu einer Sitzung zusammen, welche am 12. Mai zu freien Abstimmungen werde. Von den 2000 Stellen waren sieben Delegierte erschienen. Sie alle sagten ja zu den Abstimmungen. Bei der darauf folgenden Sitzung wurden gewählt: Vorsitzender Dr. Berghoff-Derge, 1. Schriftführer Dr. Schmid, 2. Schriftführer Dr. Schmid, 3. Schriftführer Dr. Schmid, 4. Schriftführer Dr. Schmid, 5. Schriftführer Dr. Schmid, 6. Schriftführer Dr. Schmid, 7. Schriftführer Dr. Schmid, 8. Schriftführer Dr. Schmid, 9. Schriftführer Dr. Schmid, 10. Schriftführer Dr. Schmid, 11. Schriftführer Dr. Schmid, 12. Schriftführer Dr. Schmid, 13. Schriftführer Dr. Schmid, 14. Schriftführer Dr. Schmid, 15. Schriftführer Dr. Schmid, 16. Schriftführer Dr. Schmid, 17. Schriftführer Dr. Schmid, 18. Schriftführer Dr. Schmid, 19. Schriftführer Dr. Schmid, 20. Schriftführer Dr. Schmid, 21. Schriftführer Dr. Schmid, 22. Schriftführer Dr. Schmid, 23. Schriftführer Dr. Schmid, 24. Schriftführer Dr. Schmid, 25. Schriftführer Dr. Schmid, 26. Schriftführer Dr. Schmid, 27. Schriftführer Dr. Schmid, 28. Schriftführer Dr. Schmid, 29. Schriftführer Dr. Schmid, 30. Schriftführer Dr. Schmid, 31. Schriftführer Dr. Schmid, 32. Schriftführer Dr. Schmid, 33. Schriftführer Dr. Schmid, 34. Schriftführer Dr. Schmid, 35. Schriftführer Dr. Schmid, 36. Schriftführer Dr. Schmid, 37. Schriftführer Dr. Schmid, 38. Schriftführer Dr. Schmid, 39. Schriftführer Dr. Schmid, 40. Schriftführer Dr. Schmid, 41. Schriftführer Dr. Schmid, 42. Schriftführer Dr. Schmid, 43. Schriftführer Dr. Schmid, 44. Schriftführer Dr. Schmid, 45. Schriftführer Dr. Schmid, 46. Schriftführer Dr. Schmid, 47. Schriftführer Dr. Schmid, 48. Schriftführer Dr. Schmid, 49. Schriftführer Dr. Schmid, 50. Schriftführer Dr. Schmid, 51. Schriftführer Dr. Schmid, 52. Schriftführer Dr. Schmid, 53. Schriftführer Dr. Schmid, 54. Schriftführer Dr. Schmid, 55. Schriftführer Dr. Schmid, 56. Schriftführer Dr. Schmid, 57. Schriftführer Dr. Schmid, 58. Schriftführer Dr. Schmid, 59. Schriftführer Dr. Schmid, 60. Schriftführer Dr. Schmid, 61. Schriftführer Dr. Schmid, 62. Schriftführer Dr. Schmid, 63. Schriftführer Dr. Schmid, 64. Schriftführer Dr. Schmid, 65. Schriftführer Dr. Schmid, 66. Schriftführer Dr. Schmid, 67. Schriftführer Dr. Schmid, 68. Schriftführer Dr. Schmid, 69. Schriftführer Dr. Schmid, 70. Schriftführer Dr. Schmid, 71. Schriftführer Dr. Schmid, 72. Schriftführer Dr. Schmid, 73. Schriftführer Dr. Schmid, 74. Schriftführer Dr. Schmid, 75. Schriftführer Dr. Schmid, 76. Schriftführer Dr. Schmid, 77. Schriftführer Dr. Schmid, 78. Schriftführer Dr. Schmid, 79. Schriftführer Dr. Schmid, 80. Schriftführer Dr. Schmid, 81. Schriftführer Dr. Schmid, 82. Schriftführer Dr. Schmid, 83. Schriftführer Dr. Schmid, 84. Schriftführer Dr. Schmid, 85. Schriftführer Dr. Schmid, 86. Schriftführer Dr. Schmid, 87. Schriftführer Dr. Schmid, 88. Schriftführer Dr. Schmid, 89. Schriftführer Dr. Schmid, 90. Schriftführer Dr. Schmid, 91. Schriftführer Dr. Schmid, 92. Schriftführer Dr. Schmid, 93. Schriftführer Dr. Schmid, 94. Schriftführer Dr. Schmid, 95. Schriftführer Dr. Schmid, 96. Schriftführer Dr. Schmid, 97. Schriftführer Dr. Schmid, 98. Schriftführer Dr. Schmid, 99. Schriftführer Dr. Schmid, 100. Schriftführer Dr. Schmid, 101. Schriftführer Dr. Schmid, 102. Schriftführer Dr. Schmid, 103. Schriftführer Dr. Schmid, 104. Schriftführer Dr. Schmid, 105. Schriftführer Dr. Schmid, 106. Schriftführer Dr. Schmid, 107. Schriftführer Dr. Schmid, 108. Schriftführer Dr. Schmid, 109. Schriftführer Dr. Schmid, 110. Schriftführer Dr. Schmid, 111. Schriftführer Dr. Schmid, 112. Schriftführer Dr. Schmid, 113. Schriftführer Dr. Schmid, 114. Schriftführer Dr. Schmid, 115. Schriftführer Dr. Schmid, 116. Schriftführer Dr. Schmid, 117. Schriftführer Dr. Schmid, 118. Schriftführer Dr. Schmid, 119. Schriftführer Dr. Schmid, 120. Schriftführer Dr. Schmid, 121. Schriftführer Dr. Schmid, 122. Schriftführer Dr. Schmid, 123. Schriftführer Dr. Schmid, 124. Schriftführer Dr. Schmid, 125. Schriftführer Dr. Schmid, 126. Schriftführer Dr. Schmid, 127. Schriftführer Dr. Schmid, 128. Schriftführer Dr. Schmid, 129. Schriftführer Dr. Schmid, 130. Schriftführer Dr. Schmid, 131. Schriftführer Dr. Schmid, 132. Schriftführer Dr. Schmid, 133. Schriftführer Dr. Schmid, 134. Schriftführer Dr. Schmid, 135. Schriftführer Dr. Schmid, 136. Schriftführer Dr. Schmid, 137. Schriftführer Dr. Schmid, 138. Schriftführer Dr. Schmid, 139. Schriftführer Dr. Schmid, 140. Schriftführer Dr. Schmid, 141. Schriftführer Dr. Schmid, 142. Schriftführer Dr. Schmid, 143. Schriftführer Dr. Schmid, 144. Schriftführer Dr. Schmid, 145. Schriftführer Dr. Schmid, 146. Schriftführer Dr. Schmid, 147. Schriftführer Dr. Schmid, 148. Schriftführer Dr. Schmid, 149. Schriftführer Dr. Schmid, 150. Schriftführer Dr. Schmid, 151. Schriftführer Dr. Schmid, 152. Schriftführer Dr. Schmid, 153. Schriftführer Dr. Schmid, 154. Schriftführer Dr. Schmid, 155. Schriftführer Dr. Schmid, 156. Schriftführer Dr. Schmid, 157. Schriftführer Dr. Schmid, 158. Schriftführer Dr. Schmid, 159. Schriftführer Dr. Schmid, 160. Schriftführer Dr. Schmid, 161. Schriftführer Dr. Schmid, 162. Schriftführer Dr. Schmid, 163. Schriftführer Dr. Schmid, 164. Schriftführer Dr. Schmid, 165. Schriftführer Dr. Schmid, 166. Schriftführer Dr. Schmid, 167. Schriftführer Dr. Schmid, 168. Schriftführer Dr. Schmid, 169. Schriftführer Dr. Schmid, 170. Schriftführer Dr. Schmid, 171. Schriftführer Dr. Schmid, 172. Schriftführer Dr. Schmid, 173. Schriftführer Dr. Schmid, 174. Schriftführer Dr. Schmid, 175. Schriftführer Dr. Schmid, 176. Schriftführer Dr. Schmid, 177. Schriftführer Dr. Schmid, 178. Schriftführer Dr. Schmid, 179. Schriftführer Dr. Schmid, 180. Schriftführer Dr. Schmid, 181. Schriftführer Dr. Schmid, 182. Schriftführer Dr. Schmid, 183. Schriftführer Dr. Schmid, 184. Schriftführer Dr. Schmid, 185. Schriftführer Dr. Schmid, 186. Schriftführer Dr. Schmid, 187. Schriftführer Dr. Schmid, 188. Schriftführer Dr. Schmid, 189. Schriftführer Dr. Schmid, 190. Schriftführer Dr. Schmid, 191. Schriftführer Dr. Schmid, 192. Schriftführer Dr. Schmid, 193. Schriftführer Dr. Schmid, 194. Schriftführer Dr. Schmid, 195. Schriftführer Dr. Schmid, 196. Schriftführer Dr. Schmid, 197. Schriftführer Dr. Schmid, 198. Schriftführer Dr. Schmid, 199. Schriftführer Dr. Schmid, 200. Schriftführer Dr. Schmid.

gewerkschaft angeschlossen hätte. Ferner sprach er unserem Bezirksleiter, Kollegen Koch, seinen besten Dank aus für die vielen Mühen und das gute Gelingen des neuen Tarifvertrags. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften schloß Kollege Ende die Versammlung.

Verwaltungsstelle Worms. Am Mittwoch, den 14. Mai, fand gleich nach Arbeitsschluß in der "Neuen Bierhalle" eine Versammlung unserer Verwaltungsstelle statt, die ziemlich gut besucht war. Kollege Schneider eröffnete die Versammlung und erzielte dem Bezirksleiter Kollegen Schleicher aus Frankfurt das Wort. In einem ausführlichen Referat erstaute Kollege Schleicher seinen Bezirksleiter, Kollegen Koch, seinen besten Dank aus für die vielen Mühen und das gute Gelingen des neuen Tarifvertrags. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften schloß Kollege Ende die Versammlung.

welche sachlichen Gründe ließen sie dabei natürlich nicht, sondern einzige und allein parteipolitisch-agitatorische. Um des Erfolges um so sicherer zu sein, bauschte man den fraglichen Beschuß möglichst auf; wenn man die liberalen und roten Blätter las, mußte man glauben, es komme demselben die Bedeutung einer Staatsaktion zu. Nebenbei sollte er für die christl. Gewerkschaften höchst dankabel sein, sie hätten sich einen gewaltigen Korb geholt, und was dergleichen Unsumme noch mehr war. Gegenüber all diesen Kombinationen stellt das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften folgendes fest:

1. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat an Organisationen, deren Mitglieder sich überwiegend aus Unterbeamten zusammensezen — bei den dem Gesamtverband angeschlossenen Eisenbahnerverbänden überwiegt das Arbeiterelement — gar nicht das ihm zugedachte große Interesse; die Verbände der Staatsunterbeamten sind vielmehr zur Durchführung ihrer Bestrebungen auf die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften viel mehr angewiesen als umgekehrt.

2. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat sich denn auch seit Jahren nicht mehr ernsthaft um den Anschluß des Verbandes des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals bemüht; die Anschlußfrage wurde dieses Jahr nicht von den christlichen Gewerkschaften, sondern aus den Kreisen des Verbandes des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals selbst ins Rollen gebracht.

3. Die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften hätten dem Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals im Falle seines Anschlusses an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ein Abordnungsmandat zum bayerischen Landtag versprochen, ist in allen Teilen unwahr. Wahrscheinlich, daß einige Obmannschaften des bayerischen Postverbands, die gegen den Anschluß waren, erklärt, sie würden für den Anschluß stimmen, wenn dem Verband durch die christlichen Gewerkschaften ein Abordnungsmandat zugesichert würde. Das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften hat ein solches Zusimmen glatt abgelehnt.

Höchstens nimmt nun die liberale und sozialdemokratische Presse Süddeutschlands auch von diesen Tatsachen Notiz.

Ergebnisse praktischer Gewerkschaftsarbeit. Von Gegnern der gesetzlich geschützten Arbeitersbewegung wird die Offenlichkeit irrezuführen versucht mit der Behauptung, daß die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter nutzlos sei. Der Erfolg stände im kleinen Verhältnis zu den aufgewandten Mühen und Opfern. Daß dem nicht so ist, beweisen die jährlichen Rechenschaftsberichte der Berufsorganisationen, die die erzielten materiellen Erfolge auf Grund genauer Aufzeichnungen wenigstens teilweise widergeben können. So kann der Zentralverband christlicher Fabrik-, Werk-, Helfer- und Hilfsarbeiter (Sitz Aschaffenburg, Karlstraße 2) für das Berichtsjahr 1912 mitteilen, daß 45 Tarifverträge abgeschlossen wurden; die erstrecken sich auf 71 Betriebe mit 7382 Beschäftigten, darunter sind 2545 Mitglieder des genannten Verbandes. An den Lohnbewegungen des Verbandes waren im ganzen 10 782 Mitglieder beteiligt, für die eine Lohn erhöhung von insgesamt 916 940 Mk erreicht wurde. In Verkürzungen der Arbeitszeit konnten 372 472 Stunden pro Jahr festgestellt werden. Außerdem wurden noch manche sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis durchgesetzt, wie bessere Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen, Einrichtung von Arbeiterausflügen, Gewährung von Urlaub, Besserbezahlung der Nebenarbeit usw. Wer heute noch ernsthaft behauptet will, die Gewerkschaftsarbeit sei nutzlos, feint entweder diese Bewegung gar nicht oder er tut der Wahrheit absichtlich Gewalt an.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Der deutsche Arbeitsmarkt im April 1913. Nach vorläufiger Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Berichte für das „Reichsarbeitsblatt“ weist die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im April gegenüber dem Vormonat eine der Jahreszeit entsprechende Besserung auf, die hinter der vorjährigen anscheinend nur unbedeutend zurückbleibt.

Die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenkassen hatten am 1. Mai 1913 5 336 410 Mitglieder (3 693 310 männliche und 1 643 130 weibliche) oder 100 723 mehr als am 1. April, und zwar hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 82 113 oder 2,27 v. H., die der weiblichen um 18 610 oder 1,15 v. H. zugenommen. Eine Vermehrung der Beschäftigung tritt vom 1. April zum 1. Mai regelmäßig ein. Sie war im Vorjahr bei den männlichen Mitgliedern noch etwas größer (2,93 v. H.), bei den weiblichen etwas geringer (0,88 v. H.). Die diesjährige Zunahme erstreckt sich auf alle drei Gruppen von Kassen (Orts-, Betriebs- und sonstige Krankenkassen).

Bei 290 öffentlichen Arbeitsnachweisen mit 152 060 Vermittlungen kommen im April auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 167, bei den weiblichen 95 Arbeitssuchende. Die entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 159 und 87. Viernach hätte der Anstieg männlicher wie weiblicher Arbeitssuchender zugemessen, während im allgemeinen vom März zum April bei den männlichen Arbeitskräften eine Abnahme des Antrags eingtritt.

Die Berichte von 402 Industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarktes im April bezeichnen den Geschäftstagung der Mehrzahl noch als ausreichend. Besonders günstig lauten die Berichte für den Kohlenbergbau, etwas weniger günstig für die Eisenherstellung (die Kohleförderung betrug 1 587 900 Tonnen gegen 1 628 190 Tonnen im Vormonat und 1 451 401 Tonnen im April 1912), günstiger wiederum

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals hielt am 4. Mai in Aschaffenburg seine zweite Generalversammlung ab. Auf derselben wurde der Beitritt des Verbandes zu dem Reichsverband der staatlichen Arbeitgeberverbände (Sitz Überfeld) beschlossen. Der Reichsverband nimmt die dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften angehörenden Staatsarbeiterverbände. Der Antritt an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wurde ebenfalls ebenfalls zur Abstimmung gebracht. Es gab 93 gegen 82 Stimmen abgelehnt. Es war vorangetreten, daß die liberale und sozialdemokratische Presse (Suddeutsche Presse) die Abstimmung abgelehnt und ihr weigerte gegen die christlichen Gewerkschaften anzutreten und ihn weigerte gegen die christlichen Gewerkschaften anzutreten.

für die Stahlindustrie (der Verband des Stahlwerksverbandes war um 4012 Tonnen größer als im Vorjahr und um 97 996 Tonnen größer als im April 1912). Auch die Maschinenindustrie berichtet im allgemeinen befriedigend, während die elektrische Industrie eine leichte Abschwächung verzeichnet. Die Lage der chemischen Industrie war gut. Überwiegend ungünstig lauten die Berichte aus der Textilindustrie, insbesondere der Baumwollspinnerei und -weberei. Nur Hanfsspinnerei und Leinenthrustrie arbeiteten gut. Unzureichend war die Beschäftigung in der Holzindustrie und im Baugewerbe, doch machten sich bei letzterem Anzeichen einer Besserung bemerkbar.

Von 230 Firmen ist die Arbeiterzahl angegeben, und zwar mit 266 583 zu Ende April 1913 gegen 249 770 zu Ende April 1912. Es ist also eine Vermehrung um 6,73 v. H. eingetreten, während für den März eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 5,83 v. H. für den Februar eine solche von 5,56 v. H. verzeichnet werden konnte. Die Steigerung erscheint also noch in der Zunahme begründet und läßt auf eine günstige Entwicklung in der Großindustrie schließen. Besonders groß ist die Steigerung gegenüber dem April 1912 in der Maschinenindustrie mit 18,03 v. H. und in der chemischen Industrie mit 11,65 v. H., von mittlerem Umfang in der — übrigens schwach vertretenen — Textilindustrie mit 5,93 v. H. und im Bekleidungsgewerbe mit 4,09 v. H. Eine Abnahme zeigen, abgesehen von der Sammelgruppe „Sonstige Gewerbe“, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (— 0,25 v. H.), die elektrische Industrie (— 4,96 v. H.) und die sehr schwach vertretene — Holzindustrie (— 5,66 v. H.).

Die Versicherungskasse der Stadt Köln gegen Arbeitslosigkeit im Winter hat sich aufgelöst. Die Auflösung erfolgte nicht etwa wegen finanzieller Schwierigkeiten, sondern weil durch die im Jahre 1911 erfolgte Gründung der Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit, die auf einer breiteren Grundlage aufgebaut ist, die Mission der alten Kasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter als erfüllt angesehen werden muß. Wie der Vorstand in der Gründung des von ihm eingebrachten Antrages auf Auflösung feststellt, steht die Lebensfähigkeit der neuen Kasse nunmehr zweifellos fest. Eingedenk des Saches, daß das Gute dem Besseren weichen müsse, beantrage er deshalb die Auflösung. Die Hauptversammlung beschloß demgemäß.

Das Vermögen der Kasse, 150 287 M., geht in das Eigentum der Stadt Köln über, welche dasselbe zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder zu einem anderen sozialen Zweck zu verwenden hat.

Gerichtliches.

Fahrlässige Tötung infolge fehlender Schutzvorrichtung beim Bau. In einem Hause einer der verkehrreichsten Straßen in Bochum wurden Ende April 1912 Klempnerarbeiten vorgenommen. Eine sogenannte Lasseturme, die auf dem Gesims des Hauses entlang läuft, wurde repariert und zu diesem Zweck neu mit Blech ausgeschlagen und mit neuen Metallsbügeln versehen, die der Befestigung von Blech und Gesims dienten. Am 1. Mai war nun der Klempner Jo h a n n M e s c h e d e damit beschäftigt, die neuen Bügel in die Löcher einzuschlagen, in denen schon die alten Bügel sich befunden hatten. Während M. an einer Stelle hämmerte, löste sich etwa 1/2 Meter davon entfernt ein Stück des Gesimses und stürzte auf die Straße hinunter. Hier fiel es dem zufällig vorübergehenden Rudolf Sontowski auf den Kopf und verletzte ihn so erheblich, daß er kurze Zeit danach starb. M. wurde unter Anklage gestellt und am 30. Oktober 1912 vom Landgericht Bochum wegen Verlehung der auf Grund von § 367, Nr. 14 EtGB, erlassenen Baupolizeiverordnung der Stadt Bochum zu 20 M. Geldstrafe und wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Begründung der Entscheidung führte aus: M. hätte gemäß der erwähnten Verordnung eine Schutzvorrichtung anbringen müssen, die verhindert hätte, daß Steine u. dgl. hätten hinunterfallen können, die vielmehr aufgesangen hätte. M. hätte damit rechnen müssen, daß bei seinen Arbeiten abspringende Mauersteile die Passanten gefährden könnten. Es bestehé daher ein Kausalfzusammenhang zwischen dem Nichtanbringen des Schutzbaches und der Tötung des S. Die Entschuldigung des Angeklagten, die notwendigen Gerüste seien zurzeit nicht verfügbar gewesen, könne nicht durchgreifen, zumal M. vor Beginn der Arbeit von dritter Seite auf das Erfordernis einer Schutzvorrichtung hingewiesen sei. Der Angeklagte legte gegen die Entscheidung Revision beim Reichsgericht ein. Er rügte, es sei zu klarecht ein Kaufsalzumstehen zwischen seiner Tätigkeit und der Tötung angenommen, da ja ebenfalls ein anderer Teil der Maurer unterhalb des erforderlichen Schutzbaches hätte abfallen können; ferner würde eine derartige Vorrichtung nicht haben angebracht werden können, da eine solche nach der Polizeiverordnung bei Arbeiten über dem Gesims auch oberhalb desselben zu errichten sei. Diese Beschwerde konnte jedoch nicht durchgreifen, da andererseits aus der Verordnung hervorging, daß ein Schutzbach stets, und zwar unterhalb der Arbeitsstelle zu befestigen sei. Das Reichsgericht verwarf daher gemäß dem Antrage des Reichsanwalts die Revision.

Vom Gerüstfallen erschlagen. Der Maurer Moritz Schade war im Herbst 1912 auf einem Fabrikneubau in Chemnitz beim Abbrechen von Baugerüsten mitbeschäftigt. Am 23. Oktober 1912, vormittags in der ersten Stunde, arbeitete er auf dem höchsten Teile des Gerüstes, im dritten Stockwerk. Während die anderen Arbeiter mit dem Herunterfallen von Kastenhölzern beschäftigt waren, sollte Schade zwei Unterlaghölzer aus der Befestigung lösen. Diese Hölzer waren je fünf Meter lang und ruhten mit ihren Enden auf einem senkrechten Pfahl und einem wagerechten Sattelbalken in einem sogenannten Knabenstiel, welcher von zwei seitlich an dem Unterlaghölzern angebrachten Brettcchen gebildet wurde. Beim Entfernen des oberen Unterlaghölzes wurde Schade vom Polier W.

unterstützt, der ihm die Ausführung dieser Arbeit zeigte wollte. Die Knäcke wurden dabei mit einem Hammer vorsichtig beiseite geschlagen. Der Polier ließ Schade dabei verstehen, daß diese Arbeit wegen der großen Gefahr nur von zwei Männern ausgeführt werden könnte. Nachdem der Polier sich entfernt hatte, um an einer anderen Stelle nach dem Rechten zu sehen, machte sich Schade, anstatt auf Unterstützung eines zweiten Arbeiters zu warten, allein daran, auch das untere Unterlaghölz zu entfernen. Erst schlug er mit einem Hammer auf das Knackenlager. Als dieses sich aber als zu fest erwies, setzte Schade eine Holzplatte kegelförmig an, um den Balken aus seiner Lage herauszuheben. Hierbei wurde das Unterlaghölz durch den plötzlichen Rückhieb herausgeworfen, glitt herab, stürzte in die Tiefe und traf den zu ebener Erde mit dem Abseilen der herabgelassenen Hölzer beschäftigten Handarbeiter Neumann auf den Kopf. Neumann erlitt einen Schädelbruch, der nach einer halben Stunde zu seinem Tode führte. Der Unfall war auf eine Fahrlässigkeit Schades zurückzuführen. Es wäre seine berufliche Pflicht gewesen, sich darum zu kümmern, daß ihm ein Zweiter beim Loslösen des Unterlagholzes half. Auch als er die Holzplatte nahm, um sie hebelsartig anzuwenden, mußte er damit rechnen, daß der Balken herabkantete und durch sein Heraufstürzen einen Menschen verletzen oder töten könnte. Schade hat somit die ihm durch seinen Beruf gebotene Sorgfalt außer acht gelassen. Da Schade wußte, daß am Fuße des Gerüstes Menschen arbeiteten, hätte er besondere Sicherheitsmaßregeln treffen und nicht die Hebelgewalt auf eine besonders gefahrerhöhte Weise benutzen dürfen. Schade ist daher wegen fahrlässiger Tötung auf Grund des § 2220 St.-G.-G. vom Landgericht Chemnitz am 3. Januar 1913 zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt worden. Hiergegen hatte er Revision beim Reichsgericht eingelegt, in welcher er Verleugnung des materiellen Rechtes rügte. Das Rechtsmittel ist jedoch vom höchsten Reichsgerichtshof entschieden dem Antrage des Reichsanwalts, als unbegründet verworfen worden.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baumfällen, Submissionsergebnisse, technische Neuheiten im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baumfälle sind so schnell wie möglich einzutragen.)

Dordogne, 2. Mai 1913. Die Eröffnung der Angebote für die Vergabe der Erd-, Fels-, Chauffierungs-, Maurer- und Gleisarbeiten zur Erweiterung des Bahnhofes ergab, daß die Firma Renner-Jena mit 11 667 M. Höchstbietende und Kämpel-Dacha mit 5043 M. Mindestbietender war. Der Zusatzlager wird in 14 Tagen erteilt werden.

Essen (Ruhr). Am Dienstag, den 6. Mai, erlitt der Kollege August Althoff, Stukkateur, beim Gerüstabbrechen durch Umfüllen eines eisernen Gerüstboches eine schwere Verlehung am Hinterkopf, welche seine sofortige Überführung ins Krankenhaus erforderte.

Fulda. (Eine Submissionsliste.) Die Königl. Eisenbahn-Bau-Abteilung zu Bebra hatte das Los 1 der Verbindungsbahn Berlin-Frankfurt, bestehend aus 155 000 Kubikmeter Erdmassenbewegung, 6530 Kubikmeter Beton, 6600 Kubikmeter Chauffierung und 4400 laufende Meter Oberbauleitung öffentlich ausgeschrieben und darauf eine große Anzahl von Angeboten erhalten. Bei Öffnung derselben traten erhebliche Preisunterschiede zutage. Während die Firma Phil. Abberding-Zulva mit 286 412 M. die niedrigste Forderung stellte, betrug die Höchstforderung der Firma P. Schanze-Rotenburg 486 796 M. Angebote hatten u. a. noch eingereicht: Gebrüder Schäfer-Hünfeld 325 108,80 M., C. F. Gund-Ronshausen 374 936,90 M., D. Wibel-Bebra 375 762 M. und P. Görschl-Rotenburg 421 977 M. Der Zusatzlager soll innerhalb sechs Wochen erteilt werden.

Heilsberg. Am 3. Mai 1913 verunglückte auf dem Neubau des Besitzers Pehl-Marstein unser Kollege, der Maurer August Fröhlich, dadurch, daß beim Durchmentieren des Erdreichs nachgab und ihn bis zur Schulterhöhe verschüttete, wobei er sich einen Bruch und schwere Brustquetschungen zuzog. Es wurde ihm ein Notverband auf der Baustelle angelegt, dann wurde er sofort ins St.-Georgs-Krankenhaus nach Heilsberg übergeführt. Der Verunglückte ist einer unserer besten Kollegen und Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle.

Ortelesburg. Am Mittwoch, den 30. April, abends, kurz vor Arbeitsschluß, stürzte infolge eines Fehlritts unser Kollege Dr. Kruppi aus einer Höhe von nur einem halben Meter herab und brach die Halswirbelsäule. Am nächsten Tage ist der Kollege an den Folgen dieses Sturzes gestorben.

Stuttgart. Bei den Eisenbahnbauarbeiten, ausgeführt von der Firma Weiß u. Freitag, am Englischen Garten ereignete sich am 14. Mai ein folgenschwerer Baumfall. Ein Rollwagen, der zur Beförderung des Betons diente, stürzte aus einer Höhe von etwa 4 Metern von der Beförderungsbrücke ab und begab drei Arbeiter unter sich. Der Arbeiter Höhme war sofort tot, während die beiden anderen, der Arbeiter Wals und ein Stakener, kaum mit dem Leben davongekommen dürften.

Über die Bautätigkeit in den größeren Städten Deutschlands während des Jahres 1913 und das Angebot von leerstehenden Wohnungen gegen Ende dieses Jahres. Das Statistische Amt der Stadt Köln auf Grund von Mitteilungen, die ihm von der Mehrzahl der deutschen Großstädte durch Vermittlung ihrer Statistischen Amtsräte zugegangen sind, eine vergleichende Uebersicht veröfentlicht, deren wichtigstes Ergebnis in der Feststellung besteht, daß im Jahre 1913 die Bautätigkeit in den befreiften Städten sich weniger lebhaft als im Vorjahr entwidelt hat. Nach den Angaben, die zurzeit von 42 Städten mit im ganzen 11,27 Millionen Einwohnern vorliegen — Berlin fehlt darunter —, betrug der Zugang an Wohngebäuden auf je 10 000 Einwohner im letzten Jahre 10,63 gegen 12,36 im Vorjahr, an Wohnungen 73 gegen 80. In den Jahren 1910 und 1909 nahmen ersiere auf je 10 000 Einwohner um 10,15 bzw.



7,93, letztere um 72 bzw. 52 zu. Die Zahl der Städte mit verminderter Bautätigkeit stellte sich auf 27 von 42 — im Vorjahr waren es nur 8 von 33 —, die der Städte mit erhöhter Bautätigkeit auf 15, 1911 dagegen 25. Wiederum auf je 10 000 Einwohner bezogen, fanden in den ersten 9,68 neue Wohngebäude gegen 12,71, 10,63 und 8,50 in den drei letzten Vorjahren und 72 neue Wohnungen gegen 86, 79 und 59 im Zugang, in den Städten mit vermehrter Bautätigkeit dagegen 13,10 neue Wohngebäude gegen 11,09, 8,83 und 6,47 in den drei Vorjahren und 74 neue Wohnungen gegen 63, 49 und 37.

Die im Verhältnis zur Einwohnerzahl meisten Wohngebäude wurden in Essen a. R. abgenommen, nämlich auf 10 000 Einwohner 22,75. Nicht viel weniger waren es in Bremen mit 22,71, Mülheim a. S. mit 22,61, Düsseldorf mit 22,13 und Stuttgart mit 21,37. Dann folgen Duisburg mit 17,11, Frankfurt a. M. mit 14,57, Bremen mit 14,48, Nürnberg mit 13,73, Köln mit 13,67, Erfurt mit 12,20, Mannheim mit 11,75, München mit 11,50 usw. Ganz weit kommen Breslau mit 4,71, Elberfeld mit 4,50, Mainz mit 4,12, Wiesbaden mit 4,20, Dresden mit 4,00, Berlin-Schöneberg mit 3,75 und Stettin mit 1,49. Der Durchschnitt belief sich, wie bereits angegeben, auf 10,63. Gegen das Vorjahr war nach den Verhältniszahlen die Steigerung am größten in Cassel (6,86 gegen 2,74), dann in Bozen (10,02 gegen 5,72), weiter in Königsberg (9,54 gegen 5,34) usw. Der Rückgang gegen 1911 trat dagegen am stärksten hierher in Straßburg (7,40 gegen 18,59), dann in Essen a. R. (22,75 gegen 45,24), Bochum (11,45 gegen 20,73), Duisburg (17,11 gegen 24,86), Dortmund (10,91 gegen 16,00), Lübeck (7,78 gegen 12,40) usw.

Bezüglich der neu entstandenen Wohnungen nahm Berlin-Wilmersdorf mit 197 auf je 10 000 Einwohner weitauß die erste Stelle ein. In erheblichem Maße schließen sich an Düsseldorf mit 126, Hamburg mit 120, Stuttgart mit 119 und Posen mit 115. Über 90 auf je 10 000 Einwohner betrug der Zugang außerdem in Chemnitz, München und Nürnberg. Verhältnismäßig am geringsten war die Vermehrung der Wohngelegenheit in Wiesbaden (15 neue Wohnungen auf je 10 000 Einwohner), in Stettin und Elberfeld (je 14) und Mainz (12). Der Durchschnitt stellte sich, wie bereits oben bemerkt, auf 73. Im Vergleich mit dem Vorjahr war die Vermehrung verhältnismäßig am größten in Königsberg (76 gegen 32), dann in Cassel (36 gegen 17), Posen (115 gegen 61) usw. Die Abnahme zeigte sich dagegen am stärksten in Essen a. R. (89 gegen 182), weiter in Bochum (56 gegen 112), Straßburg (33 gegen 55), Halle an der Saale (60 gegen 97), Berlin-Wilmersdorf (197 gegen 279) usw. Im ganzen fiel der Durchschnittszahl gegen 1911 um 7 neue Wohnungen auf je 10 000 Einwohner.

Die von den meisten der an der Statistik beteiligten Städte alljährlich vorgenommenen Erhebungen über die leerstehenden Wohnungen hatten, soweit bekannt, für das Jahr 1912 folgende Ergebnisse: Der Prozentsatz der beziehbaren Wohnungen bewegte sich zwischen 6,9 in Hamburg und 0,6 in Elberfeld; er betrug in Berlin-Wilmersdorf 6,4, in Wiesbaden 6,0, in Altona 4,9, in Kiel 4,5, in Düsseldorf 3,9, in Berlin-Schöneberg 3,4, in Essen a. R. und Mainz je 3,1, in Posen und Nürnberg je 2,9 und in Köln 2,8. In allen übrigen Städten, soweit Angaben gemacht sind, war dagegen der verfügbare Wohnungsvorrat verhältnismäßig erheblich geringer. Außer in Elberfeld standen aufzuhend wenig Wohnungen für die Vermietung bereit in Bremen und Dortmund (je nur 0,8 Prozent), dann in Dresden und Braunschweig (je 0,9 Prozent). Zwischen 1 und 2 Prozent bewegte sich der verfügbare Bestand in Stettin, Straßburg, Karlsruhe, Königsberg, Marburg, Leipzig, Hannover, Halle a. S., Lübeck, Bremen und Erfurt. In diesen Städten herrschte also mehr oder weniger Wohnungsmangel. Den absoluten Zahlen nach standen die meisten Wohnungen mit 17 872 in Hamburg leer, dann mit 3675 in Köln, mit 3390 in Düsseldorf, mit 2365 in Nürnberg usw. Bei Gegenüberstellung der Zahlen des Jahres 1912 und derjenigen des Vorjahres ergibt sich, daß der relative Wohnungsvorrat nur in einigen Städten, soweit Angaben vorliegen, gestiegen ist, am meisten in Königsberg (1,4 Prozent gegen 0,2 Prozent im Jahre 1911), dann in Bremen (1,7 gegen 0,7), in Düsseldorf (3,9 gegen 3,2), in Erfurt (2,1 gegen 1,6) usw. Abgenommen hat der verfügbare Bestand in 20 Städten, darunter besonders in Berlin-Wilmersdorf (6,4 gegen 8,4), in Stettin (1,6 gegen 2,8), in Essen a. R. (3,1 gegen 4,5), in Danzig und Dortmund (2,5 gegen 3,5 bzw. 0,8 gegen 1,8) usw. Gegen das Vorjahr unverändert blieb der Prozentsatz der verfügbaren Wohnungen in Dresden (0,9) und Elberfeld (0,6).

Die Zunahme des Wohnungsvorrats traf mit einer reichlichen Wohnungsherstellung zusammen u. a. in Düsseldorf, Posen und Altona, mit einer verhältnismäßig schwachen Bautätigkeit in Cassel. Trotz lebhafter Wohnungserzeugung nahm der verfügbare Vorrat beträchtlich ab in Berlin-Wilmersdorf, Essen a. R., Dortmund und Chemnitz.

Bücherbeschau.

Das gesamte Baugewerbe. Handbuch des Hoch- und Eisenbauwesens. Werte vollständig neu bearbeitete und vermehrte Ausgabe. Herausgegeben vom Geheimen Baurat Hackert und R. G. Oberbaudirektor. Abrahams unter Mitwirkung von Regierungsbaumeister W. Brude, Regierungsbaumeister W. Deeb, Oberingenieur A. Eichenauer, Professor Julius Koch, Ober-

ingenieur Th. Möhrle, Dr. ing. H. Lipsche, Baurat Schulze, Professor Stramm, Kgl. Baurat A. Thielecke u. a. m. Ca. 3500 Textseiten mit ca. 4200 Textfiguren und ca. 8000 Schlagwörtern in den Registern. Hierzu über 180 große Tafeln aus den verschiedensten Gebieten des Hoch- und Ließbaus. Band 4 (Hochbau Teil 2). 1913. Verlag von Sonnenb. u. Hachfeld in Leipzig und Potsdam.

Von dem in 4. Auflage vorliegenden, sehr gut eingeschriften ausgezeichneten Werk liegt der 4. Band (Hochbau Teil 2) uns vor. Man sieht auch aus diesem, daß das Werk gegenüber der letzten Ausgabe wesentlich verändert und vergrößert ist. Es ist nicht leicht, die Bauwissenschaft so dem Fachmann zu bieten, daß sie den gesteigerten Anforderungen der Zeitzeit voll und ganz gerecht wird. Dies ist den rühmlichst bekannten und geschätzten Verfassern im hohen Grade gelungen. Die vorliegenden bereits erledigten Bände lassen erkennen, daß das enzyklopädische Werk so vollständig und sachgemäß ist, daß der Fachmann auf die vielen Fragen, die sich ihm bei Ausführung seines Berufes täglich aufrütteln, in demselben stets eine richtige und deutliche Antwort findet. Es handelt sich hier um ein bedeutendes Handbuch, ein Werk ersten Ranges, das dem Bautechniker, sei er Auswanderer, sei er Studierender, unentzerrbare Dienste leistet kann und bleibenden Wert besitzt.

Das daher auch in Buchteilen überaus geschätzte Werk gewährt einen tiefen Einblick in den Stand der Bauwissenschaft, hoch wie Ließbau. Es beschäftigt sich eingehend mit dem praktischen wie theoretischen Teil des Bauwesens. Der jetzt erschienene 4. Band behandelt im speziellen die funktionelle Formgebung in fünf selbständigen Abschnitten. Bau- und Kunstsprache, Formenlehre für Steinmetze, Formenlehre der Holzarchitektur, Verputzarbeiten und Stuckarbeiten. In dem ersten Abschnitt erhält man einen umfassenden Überblick über das Werden und Vergehen klassischer Formen bis in die neuere Zeit, die daran anschließenden Teile lehren das form- und stilgerechte Entwerfen der verschiedenen Schmuckformen für Säulen und Fensterrahmen. Hieran schließt sich die praktische Ausführung der zum Schluß des Werkes erforderlichen Arbeiten. In letzter, häufiger Sprache werden die einzelnen Abschnitte behandelt, wozu zur Unterstützung des geschriebenen Wortes viele Hunderte von Illustrationen dienen, die das Formengefühl und Formenverständnis weden und säubern. Es ist unmöglich, auf den Inhalt jedes Bandes dieses epochenmässigen Werkes in gleicher Weise im einzelnen einzugehen. Reichter wie Schüler, Profanter wie Studierende finden alles, was sie für ihren Beruf wissen müssen. Jeder werden kann und jedem fertigen Baujachmann wird in dem geborgenen Werk eine wertvolle Hilfe für den täglichen Beruf gehoben. Alle feinen aus dem reichhaltigen, kostreichen Funde gute Lehren schöpfen und für alle Fragen ihres Berufes Rat holen.

Das Werk hat sich infolge seines bewährten praktischen Nutzens einen hohgeachteten Ruf erworben. Wir können daher bestehende unserer Lesern auf das wärmste zur Anschaffung empfehlen.

Marke Weisser Elefant
Hand-Kasten- u. Leiterwagen
in allen Preislagen und Größen mit festen und
abnehmbaren Kästen.
Westfalia Kinderwagen-Industrie
Krause Richtershausen, Geseck.
Verkaufen Sie Prospekte
Nr. 863 gratis und franko.
Hierher senden wir Ihnen
eine Broschüre "Wie Sie für nur 100 Mark
ein großes Warenhaus bauen
können". Nur solche alte und
neue Angebote sind möglich, welche Ihnen
nur bei Ihnen kosten.

Bekanntmachungen.
Adressänderungen. Die neue Adresse des Generalsekretariats in Köln wird trotz mehrfacher Bekanntmachung noch nicht allseitig beachtet. Es laufen noch ständig Postsendungen auf die alte Adresse, hauptsächlich an Postschlüssel 157, ein, die dann erst verspätet bestellt werden können. Es sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß die Adresse: Eintrachtstraße 147, ferner auch Postschlüssel 157, nicht mehr besteht, sondern daß alle Sendungen für das Generalsekretariat, den Gewerkschaftsverlag sowie für die einzelnen Beamten nur nach Köln, Neuloewall 9, zu adressieren sind.

Beratungsstellen Hamm.

(Aus schneiden und aufbewahren.)
Die Geschäftsstelle befindet sich Feidrichstr. 94 und ist geöffnet Dienstag und Donnerstag bis abends 8 Uhr. Die Kollegen werden ersucht, darauf zu achten und nur an diesen Tagen vorzusprechen, weil es zu anderer Zeit unsicher ist, jemand anzutreffen.

Der Vorstand. F. A. Joh. Bücher.

Sterbetafel.

Am 1. Mai starb nach kurzem Krankenlager unser Kollege Fr. Krappa im Alter von 62 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

Zahlstelle Ortsburg.

Am 9. Mai starb unser Kollege, der Hilfsarbeiter Anton Schuh im Alter von 59 Jahren an Magenleiden.

Zahlstelle Girzenich.

Am Samstag, den 10. Mai, starb unser wertes Mitglied, der Bauhilfsarbeiter Heinrich Elenkemper an einem Magenleiden im Alter von 56 Jahren.

Zahlstelle Münster i. W.

Am Sonntag, den 11. Mai, starb unser langjähriges, treues Mitglied, der Maurerpolier Anton Oetzpka infolge Herzschlag im Alter von 59 Jahren.

Beratungsstelle Oppau.

Ehre ihrem Andenken!

Mittel gegen feuchte Wände.

Um feuchte Wände trocken zu legen, gibt es verschiedene Mittel. Handelt es sich darum, diese durch Aufspülung allmählich zu trocknen, gleichzeitig aber sofort trockene Wandoberflächen zu erhalten, so wende man die bekannten antiseptisch imprägnierten, wasserfesten Kosmos-Tafeln an. Räume, deren Bewohnung wegen zu großer Feuchtigkeit verboten war, wurden jüngst der Behörde nach Anbringung der Kosmos-Tafeln für die Bewohnung wieder freigegeben. Durch die natürliche Aufspülung werden Rödergeruch, sonstige übeln Ausdünstungen und Schimmelbildung vertrieben und

durch die Luftsollerschichten auch Schutz gegen Wärme, Kälte und Schall gewährt. Ungeachtet dieser, mit kaum einem anderen Mittel zu erzielenden, Vorteile, ist der Preis der Kosmos-Tafeln sehr gering.

Will man dagegen auf feuchtem Fundament-Mauerwerk einen wasserundurchlässigen Überzug herstellen, so verwendet man hierzu Andernachs Holzölslack "Ava", der fast aufgetragen werden kann und dessen Anwendung sich infolge seiner großen Ausgiebigkeit sehr billig stellt.

Die Alleinherrstellerin des fast streichbaren "Ava"-Holzöllackes, sowie der Kosmos-Tafeln, die Firma A. W. Andernach, Beuel am Rhein, hat sich bereit erklärt, an Leser unserer Zeitschrift, die sich für beide Fabrikate interessieren, die Preisliste Nr. 612ba kostenlos zu überSenden.

Aus dem Geschäftsleben.

Die Marke "Weisser Elefant", Erzeugnis der Westfalia-Kinderwagen-Industrie Brunn o. Michenhausen, Düsseldorf, hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit das Vertrauen der Konsumen in ungeahnter Weise erworben. Die Kästen und Leiterwagen der Firma stehen unerreicht da, trotz des leichten Gewesens elegant in Bauart und unverwüstlich in Qualität. Auch die Kinder- und Sportwagen weisen eine unübertroffene Eleganz in Form und Farbe auf.

Man sollte daher nicht versäumen, bei eintretendem Bedarf den neuesten Praktikatalog 863, der bedeutend reichhaltiger wie seine Vorgänger, gratis und franco einzufordern. Die Auswahl genügt den größten Anforderungen.

Die Kenntnis der Volksarzneimittel und Volksmittel entspringt und entspringt noch täglich aus einer von der Sinnesanschauung und den Verstandsbegriffen unabhängigen Erkenntnisquelle aus der Natur, aus schlichten Beobachtungen des Lebens, aus heilsamen Erfahrungen bei Gesunden und Kranken, aus zweidimensionalen Tatsachen. Dieser unerschöpflichen Erkenntnisquelle verdankt die Volksheilkunde ihre Entstehung und täglich einen großen Teil ihrer Bereicherungen. Als bekannteste Volksmedizin dürfte wohl Lichtenheldts Hingsong-Essenz mit dem Licht gelten. Dieses vorzügliche Volksmittel leistet unzählbare Dienste bei Magenleiden, Colitis, Kopfschmerzen, Hals-Schmerzen, Schlingbeschwerden, Katarren, Nervenleiden usw. Man verlangt Propekt und achtet darauf, daß man nur Lichtenheldts echte Hingsong-Essenz mit dem Licht, aus Lichtenheldts Laboratorium in Meuselbach, Thüringer Wald, stammend, erhält, nur dann hat man die Gewähr für ein wertvolles Volksmittel.



Heinrich Stachehl, Maurermstr.
Berlin, Weidenweg 33

Landhausbau

Übernahme von Maser- und Zimmerarbeiten,
= Neu- und Umbauten. Laden-Ausblicke. =

Spezialität: Kleinbauten als Wohn- und ganz Gebäude.
Übernahme ganzer Bauten hier und auswärts in Entreprise.
Anschläge kostenlos und franko. Kelaste Bedienung.

Eine Uhr schenken wir Ihnen,

wenn Sie unsere 100 Ansichtspostkarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat ein richtig u. verlässlich gehend. Werk, für welches wir 1 Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen zum Verkauf frei und wenn Sie sie verkauft haben, senden Sie uns Mk. 6,-, worauf wir Ihnen die Uhr schicken.

J. Stern Co., jetzt Berlin W 30,
Münchener Straße 49, Abt. 5.



Prima Werkzeuge

liefern als Spezialität für Stukkateure

Karl Engels,

Werkzeugfabrik,

Hagen i. Westf.

— Kataloge gratis. —

Likör-Extrakte

zur Selbstbereitung feinsten Tafellikore usw.

Frucht-Extrakte

zur Selbstbereitung alkoholfreier Limonadenmix. Ver-

sand von H. Weinen und Likören nach allen Post-

stationen. Billigste Preise.

= Prospekte gratis. =

Johann Greif,

Winfabriksanstalt, Destillation,

Berlin-Reinickendorf Ost,

Holländerstraße 17.

Für jeden Radfahrer unentbehrlich

National, Düsseldorf u. verschiedener, gen. gesch. Märkte sind in Deutschland u. in Süddeutschland beliebt. Bei Einkauf wollen Sie amüsanteste Mischfarbe wählen, u. keine andere annehmen, das beweist Sie vor Berger, Zell u. Schröder. Versand i. d. Fachgeschäft. Weicht erheblich, wird Bezugsschein nach: Fabrik für Gemüse u. Obst, Otto Markt, Oberbach u. Markt. 10.

Paul Matschull, Bangeschäft,

Hansford z. Ostbahnh., Zanderstr. 21

Spezialität: Landhausbau

Schnellste Ablieferung
Kostenabschläge
gratuit

Bestellung von 100-1.000 Stück = Schnellversandkosten entfallen.

Julius Minner.

Spezialität: Gamaschenfabrikation

für Sport, Spiel, Straße und Arbeit
= in großer Stoffen, Filz usw. =

Bei Lieferung an ganze Vereine Extra-Vergünstigung.

Großes Lager von

Handelsport-Artikeln.

billige Farben. = Eisenwaren zu Fabrikpreisen.

Berlin S. 14, Ritterstr. 44.

= Maximalpreise kostenlose Versandkosten.

Leinenstr. 20, 21. 22.

Veranstaltungen:

Heinrich Böhmer, Eisenbahnstr.

Alle 14 Tage Samstag. Besprechungen.

Borbeck:

Gemeindeamt, Kirche. Christliches

Gesellschaftsamt. Alle 14 Tage

Samstag. Besprechungen.

Caternberg:

Verbandshof, Theodor. Schröder,

Bahnhof. 14. 14 tägl. Samstag

Besprechungen.

Essen-Rüttenscheid:

Heinrich-Dimex, Knapsack. 10.

Besprechungen der R. St. und H.

Essen:

Alte Börse, Jakob-Krebs-Str.

14 tägl. Samstag. Besprechungen.

Reich-Nord:

Verbandshof, Bill. Schröder,

Hauptstr. 184. 14 tägl. Samstag

Besprechungen.

Rothausen:

Verbandshof, Bill. 15. 14 tägl. Sam-

tag. Besprechungen.

Steele:

Verbandshof bei H. Rahmen,

Am Markt 3. Alle 14 Tage Sam-

tag. Besprechungen.

Zeitung: 20 Pf. Stück. Zeitung: Zeitungsfabrik, Janowitz in Berlin.